

BESSER

GLEICH!

SCHLIESST DIE LÜCKE
ZWISCHEN ARM UND REICH!

EIN AKTIONSPLAN
ZUR BEKÄMPFUNG
SOZIALER UNGLEICHHEIT



OXFAM
Deutschland

IMPRESSUM

Oxfam Deutschland e. V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Im internationalen Oxfam-Verbund setzen sich 17 Oxfam-Organisationen mit rund 3000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein.

HERAUSGEBER

Oxfam Deutschland e. V.
4. Auflage Januar 2018
V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Oxfam Deutschland e. V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0
E-Mail: info@oxfam.de

Aktualisierte deutsche Zusammenfassung des Kampagnenreports „Even It Up – Time to end extreme inequality“
Vollständiger Text unter:
<http://www.oxfam.de/publikationen/even-it-up>

KONZEPTION

Tobias Hauschild und Sandra Dworack

ÜBERSETZUNG

Reinhard Hermle

REDAKTION

Julia Jahnz, Charlotte Becker und Barbara Fürst

LAYOUT

Marischka Lutz, www.marischkalutz.de

INHALT

DIE WACHSENDE LÜCKE ZWISCHEN ARM UND REICH – EIN KERNPROBLEM DES 21. JAHRHUNDERTS	4
TRIEBFEDERN SOZIALER UNGLEICHHEIT	8
ZEHN PUNKTE GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT	10
1. Politik im Sinne der Bevölkerung gestalten	11
2. Chancengleichheit für Frauen schaffen	12
3. Einkommen angleichen	14
4. Fair besteuern	16
5. Internationale Steuerschlupflöcher schließen	17
6. Bildung für alle erreichen	19
7. Das Recht auf Gesundheit durchsetzen	21
8. Monopole auf Herstellung von Medikamenten abschaffen	23
9. Soziale Sicherung für alle schaffen	24
10. Entwicklungsfinanzierung neu ausrichten	25
ANMERKUNGEN	27



© David Levene/Oxfam

DIE WACHSENDE LÜCKE ZWISCHEN ARM UND REICH – EIN KERNPROBLEM DES 21. JAHRHUNDERTS

Weltweit hat die soziale Ungleichheit extrem zugenommen: 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen die Lücke zwischen Arm und Reich in den vergangenen 30 Jahren gewachsen ist. In vielen Staaten eignet sich eine wohlhabende Minderheit einen immer größer werdenden Anteil am Nationaleinkommen an. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des Weltvermögens. Es ist an der Zeit soziale Ungleichheit entschieden zu bekämpfen.

Ein globaler Trend und seine Folgen

Die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit ist eines der größten globalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme. Bereits bestehende Ungleichheiten aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Religion werden durch sie noch verstärkt. In Südafrika etwa ist das soziale Ungleichgewicht heute größer als zum Ende der Apartheid.¹

Privatpersonen mit extrem hohem Vermögen leben nicht nur in reichen Ländern. Der Mexikaner Carlos Slim gehört seit Jahren zu den sechs reichsten Menschen weltweit. In Afrika gibt es laut Forbes-Liste 25 Milliardärinnen und Milliardäre. Diesem extremen Reichtum stehen 358 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner gegenüber, die in extremer Armut leben müssen.²

Auch in den Industrieländern, Deutschland eingeschlossen, wird wachsende soziale Ungleichheit zum Problem. Das Weltwirtschaftsforum hat wiederholt festgestellt, dass „gravierende Einkommensdisparitäten“ eines der

globalen Schlüsselrisiken des kommenden Jahrzehnts sind,³ ähnlich haben sich der Internationale Währungsfonds und die Weltbank⁹ geäußert – Institutionen, die normalerweise keine allzu kritische Sicht auf soziale Ungleichheit haben. Auch die OECD hat in einem viel beachteten Bericht zur steigenden sozialen Schieflage darauf hingewiesen, dass der Kampf gegen Ungleichheit in das Zentrum der politischen Debatte rücken müsse.¹⁰

//

Seit 20 Jahren tobt ein **Klassenkampf**,
und **meine Klasse hat gewonnen**.

WARREN BUFFETT
ZWEITREICHSTER MENSCH AUF ERDEN¹¹

//

Regeln im Interesse der Elite

Die unverhältnismäßige Konzentration von Vermögen ist Folge eines blinden Glaubens an die Kräfte des Marktes, und sie verstärkt sich weiter durch die Einflussnahme reicher Eliten. Diese besitzen immer mehr Macht – die Reichen schaffen sich ihre Regeln: Finanzinstitutionen geben allein für Lobbyarbeit auf EU-Ebene 120 Millionen Euro pro Jahr aus. Zum Vergleich: Der Etat für Aktivitäten in Brüssel von NRO, Verbraucherschutzorganisationen und Gewerkschaften zusammen liegt pro Jahr bei rund 4 Millionen Euro!¹² 70 Prozent der 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt haben Niederlassungen in Steuerparadiesen¹³ und nach Schätzungen des französischen Steuerexperten Gabriel Zucman drückt sich das reichste Prozent der Weltbevölkerung durch Steuertricks um Steuerzahlungen von etwa 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr.¹⁴

Extreme soziale Ungleichheit schadet allen

Extreme Ungleichheit hat gravierende Auswirkungen auf den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft. Sie schädigt das Vertrauen in die Politik und die Demokratie. Sie beeinträchtigt das wirtschaftliche Wachstum und hemmt die soziale Mobilität. Sie fördert soziale und gesundheitliche Probleme, wie z. B. psychische Erkrankungen. Sie schürt Kriminalität und gewaltsame Konflikte. Nicht zufällig ist die Weltregion mit der höchsten sozialen

Zahlen und Fakten

- Sieben von zehn Menschen leben in Ländern, in denen die soziale Ungleichheit heute größer ist als vor 30 Jahren.⁴
- Zwischen 2016 und 2017 ist die Zahl der Milliardärinnen und Milliardäre so stark angestiegen wie noch nie zuvor. Es gibt nun weltweit 2043 Menschen mit Milliardenvermögen, 233 mehr als ein Jahr zuvor. Zusammen genommen stieg das Vermögen dieser Elite im Jahr 2017 um 762 Milliarden US-Dollar.⁵
- Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des Weltvermögens.⁶
- Nach Schätzungen von Oxfam besaßen im Jahr 2017 die reichsten 42 Personen auf der Welt genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit, d. h. 3,7 Milliarden Menschen.⁷
- 82 Prozent des weltweiten Vermögenswachstums ging im Jahr 2017 an das reichste Prozent der Weltbevölkerung. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verzeichnete dagegen überhaupt keinen Anstieg.⁸

Ungleichheit, Lateinamerika, auch eine der unsichersten: Dort befinden sich 41 der 50 gefährlichsten Städte der Welt; zwischen 2000 und 2010 gab es eine Million Morde.¹⁵ Länder mit extremer Ungleichheit weisen fast viermal höhere Mordraten auf als Staaten, in denen die Kluft nicht so tief ist.¹⁶

Viele der von starker Ungleichheit geprägten Länder leiden unter Konflikten oder instabilen Verhältnissen. Ein Beispiel ist Syrien. Neben einer Vielzahl politischer Faktoren war auch die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit für die versteckte Instabilität vor 2011 verantwortlich. Kürzungen staatlicher Zuschüsse und eine Verringerung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor trafen einige Gruppen weitaus stärker als andere.¹⁷ Dies zeigt: Soziale Ungleichheit erschüttert die Grundfesten der Gesellschaft und schadet allen.

Ein Hindernis für die Überwindung von Armut

Vor allem behindert die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich eine Überwindung der globalen Armut. Sie zerstört die Chancen der bedürftigsten Menschen auf ein Leben in Würde und Wohlstand.



**Extreme Einkommensunterschiede
verlangsamen den Kampf gegen Armut**
und behindern die Entwicklung eines
breiten Wirtschaftswachstums.

KOFI ANNAN¹⁹



Die Einkommensverteilung innerhalb eines Landes hat großen Einfluss auf die Lebenserwartung. Bangladesch und Nigeria etwa haben ähnliche Durchschnittseinkommen; im nur unwesentlich reicheren Nigeria klaffen die Gehälter aber deutlich weiter auseinander. Für ein in Nigeria geborenes Kind ist das Risiko, vor seinem fünften Geburtstag zu sterben, dreimal höher als für ein in Bangladesch geborenes.¹⁸

Hunderte Millionen von Menschen haben heute keinen ausreichenden Zugang zu Trinkwasser und Nahrung. Viele

arbeiten bis zur völligen Erschöpfung, um sich und ihre Familien zu ernähren, ohne Aussicht auf sozialen Aufstieg. Gerade die Ärmsten können sich keine private Vorsorge leisten und leben in unsicheren sozialen Verhältnissen. In vielen Ländern erhalten sie wenig Schutz und Hilfe von Polizei oder Justiz. Katastrophen treffen diejenigen, die weder Geld noch Einfluss haben, meist am heftigsten. Auch fällt es ihnen am schwersten, hinterher wieder auf die Beine zu kommen.

Die meisten dieser Menschen können ihre Situation kaum verbessern, solange Reichtum und Macht in den Händen der Eliten konzentriert bleiben. Es gilt, dieses Ungleichgewicht durch eine gerechtere Verteilung im Interesse der Allgemeinheit aufzulösen.

Untersuchungen von Oxfam haben ergeben, dass sich beispielsweise in Kenia, Indonesien und Indien Millionen von Menschen aus der Armut befreien könnten, würde die Einkommensungleichheit reduziert. Schöbe Indien der steigenden Ungleichheit einen Riegel vor, könnten in nur fünf Jahren 90 Millionen Menschen ihre extreme Armut überwinden.²⁰ Die US-Organisation Brookings Institution kommt zu ähnlichen Ergebnissen. In den von ihr entwickelten Szenarien gelingt bei reduzierter sozialer Ungleichheit 463 Millionen mehr Menschen weltweit der Weg aus der Armut als bei steigender Ungleichheit.²¹

Eine neue Politik ist nötig

Armut und extreme soziale Ungleichheit sind nicht unvermeidlich. Sie sind Folgen bewusster politischer Entscheidungen. Regierungen können die Schere zwischen Arm und Reich schließen, indem sie sich vom reinen Marktglauben lossagen und sich den Interessen mächtiger Eliten entgegenstellen. Sie müssen die Strukturen ändern, die zum rasanten Anstieg der Ungleichheit geführt haben, sie müssen durch eine Umverteilung von Geld und Macht gute Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung schaffen sowie das Recht auf Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung – und damit gerechte Chancen für alle – durchsetzen.

Dafür müssen unter anderem transnational tätige Unternehmen und Vermögende stärker in die Verantwortung genommen werden. Insbesondere große Konzerne leisten bisher einen zu geringen Anteil an der Finanzierung von

sozialen Leistungen in armen Ländern, weil sie Steuer-schlupflöcher nutzen. Die Ebola-Epidemie in Sierra Leone beispielsweise ist auch aufgrund eines unterfinanzierten und damit unzureichenden Gesundheitssystems außer Kontrolle geraten. Im Glauben, für Investoren durch Steuervorteile attraktiver zu sein, hat das Land sechs Unternehmen Steuererleichterungen gewährt, die in der Summe dem Achtfachen seines staatlichen Gesundheitsetats entsprechen, obwohl es Hinweise gibt, dass Steuererleichterungen nicht der entscheidende Grund für Investitionen sind.²²

Gemeinsam gegen soziale Ungleichheit

Um ein gerechteres wirtschaftliches und politisches System zum Wohle der Menschen zu errichten, sind weltweite konzertierte Aktionen nötig. Die Bekämpfung der Ungleichheit ist eines der im September 2015 verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs, Sustainable Development Goals). Es muss nun von allen Ländern mit einem ambitionierten Maßnahmenkatalog umgesetzt werden.

Im Herbst 2014 startete Oxfams weltweite Kampagne „Even It Up!“ (in Deutschland: „Besser Gleich! Schließt die Lücke zwischen Arm und Reich!“), um die Bekämpfung sozialer Ungleichheit auf die politische Tagesordnung zu setzen. Ein zehn Punkte umfassender Aktionsplan fordert konkrete Schritte zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit.

Wir müssen die Spielregeln und Systeme ändern, welche die Ungleichheit derzeit explodieren lassen. Es gilt, durch zügige Maßnahmen Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft herzustellen, um gute Lebensbedingungen und Chancen für alle zu schaffen. Dieses Anliegen teilen wir mit den Kirchen, mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Frauenorganisationen und Millionen von Menschen in aller Welt. Gemeinsam fordern wir politische Entscheidungsträger/-innen auf, etwas gegen die wachsende Ungleichheit zu tun. – Besser Gleich!

© Tom Pietrasik/Oxfam



TRIEBFEDERN SOZIALER UNGLEICHHEIT

Viele Menschen denken, Einkommensungleichheit sei unvermeidbar oder eine notwendige Folge der Globalisierung und des technischen Fortschritts. Es sind jedoch vor allem gezielte politische und wirtschaftliche Entscheidungen, die Ungleichheit vergrößern. Zwei wirtschaftliche und politische Faktoren erklären zum großen Teil die Extreme, mit denen wir es heute zu tun haben: der übertriebene Glaube an die Kräfte des Marktes und die Machtübernahme durch Eliten.

Deregulierte Marktkräfte sind eine Hauptursache für wachsende soziale Ungleichheit

Zweifelsohne hat die Marktwirtschaft in vielen Ländern für breiten Wohlstand gesorgt. Sie brachte aber auch immer – teilweise extreme – soziale Schieflagen mit sich. Wie der Ökonom Thomas Piketty in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ nachweist, neigt dieses System dazu, Vermögen in den Händen einer kleinen Minderheit zu konzentrieren und die soziale Ungleichheit zu vergrößern.²³

Der neoliberale Ansatz, der das wirtschaftspolitische Denken in den vergangenen Dekaden beherrschte, hat diese Entwicklung beschleunigt. Er geht davon aus, dass Wirtschaftswachstum nur dann anhält, wenn der Staat dereguliert und das freie Spiel der Kräfte am Markt erhalten bleibt. Wirtschaftswachstum komme dann der gesamten Gesellschaft zugute. Maßnahmen gegen Einkommensungleichheit hingegen würden sich nachteilig auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

Das Gegenteil ist der Fall: Nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen ist wachsende Ungleichheit sogar schädlich für wirtschaftliches Wachstum.²⁴ In Ländern mit großer öko-

nomischer Ungleichheit sind Wachstumsphasen kürzer und zukünftiges Wachstum wird ausgebremst.²⁵ Laut OECD ist etwa in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 1990 und 2010 inflationsbereinigt um etwa 26 Prozent gewachsen. Das Pro-Kopf-Wachstum wäre aber ohne steigende Ungleichheit um fast sechs Prozentpunkte höher ausgefallen.²⁶ Extreme Ungleichheit verringert auch die armutsmindernde Wirkung von Wachstum. In vielen Ländern erzeugt Wirtschaftswachstum vor allem Vorteile für die reichste Bevölkerungsschicht. Ein Beispiel: Sambias Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nahm zwischen 2004 und 2013 um durchschnittlich drei Prozent jährlich zu. Nach den Kriterien der Weltbank wurde Sambia so zu einem Land mit mittlerem Einkommen. Trotzdem stieg der Anteil der Menschen in extremer Armut hier von 65 Prozent der Bevölkerung in 2003 auf 74 Prozent in 2010: eine Folge des hohen Grads an Ungleichheit im Land.²⁷

Dies ist kein neues Phänomen. In den 1980er und 1990er Jahren sahen sich Länder in Lateinamerika, Asien und Osteuropa unter dem Druck der Schuldenkrisen Maßnahmen wie Deregulierung, Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Privatisierung, Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte, großzügigen Steuererleichterungen für Unternehmen und Reiche sowie einem Abbau von Arbeits-

rechten ausgesetzt. Die Einkommensungleichheit nahm entsprechend zu. Um das Jahr 2000 erreichte sie in Lateinamerika ein Rekordhoch.²⁸ Die Zunahme der Armut während dieser Zeit wurde Schätzungen zufolge zur Hälfte durch eine Umverteilung des Wohlstands zugunsten der reichen Bevölkerungsschichten verursacht.²⁹ In den 20 Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die Ungleichheit in Russland aufgrund von Liberalisierung und Deregulierung fast verdoppelt.³⁰



Einer der **Fehler des Markt-fundamentalismus** ist, dass er die Einkommensverteilung und die Idee einer **solidarischen Gesellschaft** ignoriert.

JOSEPH STIGLITZ³¹



Obwohl neoliberale Politik zur Entstehung der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen hat³², bleibt sie die weltweit vorherrschende Ideologie. Diese Geisteshaltung bestimmt beispielsweise die Bedingungen, die den verschuldeten europäischen Staaten im Zuge der Krise auferlegt wurden: Deregulierung, Privatisierung und eine Kürzung der Sozialleistungen für die Ärmsten. Gleichzeitig wurden die Steuern für die reiche Bevölkerung zum Teil gesenkt. Die soziale Ungleichheit ist auch hier massiv gestiegen!

Fazit: Regulierung und eine faire Besteuerung sind notwendig, um die Ungleichheit einzudämmen.

Gesetzgebung im Interesse der Eliten

Der Einfluss wirtschaftlicher und politischer Eliten verfestigt seit langer Zeit die Ungleichheit. Geld bedeutet politische Macht, die genutzt wird, um Vorteile zu sichern. In reichen wie armen Ländern nutzen Eliten ihren politischen Einfluss, um mit den jeweiligen Regierungen Vergünstigungen auf Kosten aller anderen Bevölkerungsgruppen auszuhandeln. Dazu zählen Steuererleichterungen, Verträge zu Vorzugskonditionen, Landrechte oder Subventionen sowie schwache, Korruption begünstigende Kontrollmechanismen. Fehlende Steuereinnahmen

erschweren die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit sowie Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die für den Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit enorm wichtig wären.

Zahlen und Fakten

- Finanzinstitute und ihre Lobbyvertretungen geben jährlich über 120 Millionen Euro aus und beschäftigen über 1 700 Mitarbeiter/-innen, um die Politik der EU in ihrem Sinne zu beeinflussen. NRO, Verbraucherschutzorganisationen und Gewerkschaften geben für Aktivitäten in Brüssel pro Jahr rund 4 Millionen Euro aus.³³
- Um den Dodd-Frank Act zur Stabilisierung des Finanzmarktes zu schwächen und zu verzögern, gab die US-amerikanische Finanzindustrie rund eine Milliarde US-Dollar aus und beschäftigte Hunderte Lobbyisten.³⁴
- In Pakistan beträgt das durchschnittliche Nettovermögen von Parlamentsabgeordneten 900.000 US-Dollar, doch Steuern zahlen nur wenige.³⁵

Der gewaltige Lobbyeinfluss großer Unternehmen, der es ihnen erlaubt, die Spielregeln zu ihren Gunsten zu ändern, verstärkt die Konzentration von Macht und Geld in den Händen weniger. Viele der reichsten Menschen haben ihr Vermögen dank exklusiver staatlicher Konzessionen und im Zuge von Privatisierungen gemacht. So wurden nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Insider durch die Privatisierung in Russland und der Ukraine über Nacht zu Milliardär(inn)en. Carlos Slim erzielte seine Milliarden, indem er sich die Exklusivrechte für Mexikos Telekommunikations-Sektor sicherte, als dieser in den 1990er Jahren privatisiert wurde.³⁶

Das blinde Vertrauen in die Marktkräfte und die politische Vereinnahmung durch Eliten haben zu mehr sozialer Ungleichheit geführt und die Regeln so geändert, dass die in größter Armut und am Rande der Gesellschaft lebenden Menschen keine faire Chance haben, es zu Wohlstand zu bringen.



© Rajendra Shaw/Oxfam

ZEHN PUNKTE GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT

Oxfams Zehn-Punkte-Programm fordert ein konzertiertes Vorgehen zum Aufbau eines transparenteren wirtschaftlichen und politischen Systems, das die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger sichert. Regierungen, Organisationen und Unternehmen haben die Pflicht, sich dem drängenden Problem der Ungleichheit zu stellen. Sie müssen eine Politik verfolgen, die eine gerechte Verteilung von Geld und Macht zum Ziel hat.

1. POLITIK IM SINNE DER BEVÖLKERUNG GESTALTEN

Menschen streben nach Ausgleich

Wie Befragungen zeigen, meinen Menschen kultur- und gesellschaftsübergreifend, dass zu große soziale Unterschiede unfair, unmoralisch und schlecht für die Gesellschaft sind.

Um erfolgreich der galoppierenden Ungleichheit zu begegnen, müssen Regierungen auf ihre Bürger/-innen hören. Die dafür nötige breite Mobilisierung der Öffentlichkeit hat bereits begonnen: In vielen Staaten treten Menschen für Änderungen ein. Hunderttausende sind frustriert, weil sie keinen adäquaten Zugang zu sozialen Grunddiensten haben und ihre Stimmen kaum Gehör finden. Diese Unzufriedenheit ist global.

Die Macht des Volkes

In Chile, dem OECD-Land mit der größten Einkommensungleichheit³⁷, lösten 2011 die hohen Kosten für Bildung Massenproteste aus. In ihrem Verlauf wuchs der Unmut über die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie den Einfluss großer Konzerne auf die Politik.³⁸ Eine Koalition von Vertreter(inne)n von Studentenorganisationen und Gewerkschaften organisierte einen zweitägigen Streik, dem sich 600 000 Menschen anschlossen. Ende 2013 wurde eine neue Regierung gewählt, der auch Schlüsselfiguren der Protestbewegung angehören. Sie sind dem Kampf gegen Ungleichheit und einer Reform des Bildungssystems verpflichtet.³⁹

2010 gab es in Island große Demonstrationen gegen die Rettungspakete für drei der wichtigsten Banken des

Zahlen und Fakten

- Eine von Oxfam in Auftrag gegebene weltweite Umfrage zeigt, dass die Sorge aufgrund der sozialen Ungleichheit groß ist. Von 70 000 Befragten in zehn Ländern sehen knapp zwei Drittel die Schere zwischen Arm und Reich als drängendes Problem an.⁴⁰
- In einer repräsentativen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2016 gaben 82 Prozent der Befragten an, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zu groß sei.⁴¹
- 71 Prozent der Bundesbürger/-innen wünschen sich laut AWO-Sozialbarometer aus dem Jahr 2014, dass der Staat stärker steuert und regulierend eingreift, um mehr Ausgleich zu schaffen.⁴²

Landes. Die Regierung, die den unteren und mittleren Einkommensgruppen Schutz vor den schlimmsten Folgen der Finanzkrise versprochen hatte, sah sich gezwungen, ein Referendum durchzuführen. 93 Prozent der Bevölkerung lehnten den Vorschlag ab, dass die Steuerzahler/-innen und nicht die Banken für den Bankrott aufkommen sollten. Dies führte 2012 zu einer neuen Verfassung mit Bestimmungen zu Gleichheit, Informationsfreiheit und der Durchführung von Referenden.⁴³

Fazit: Politik und Gesellschaft können aus dem Würgegriff der Eliten befreit werden, wenn sich Bürgerinnen und Bürger zusammentun und entschlossen für eine fortschrittliche Politik eintreten.

Maßnahmen

Der Abbau sozialer Ungleichheit liegt im Interesse der Allgemeinheit und muss Leitprinzip aller internationalen Vereinbarungen und Ziel nationaler Politik werden.

Oxfam fordert

- ein klares Bekenntnis nationaler Regierungen und internationaler Organisationen zum Ziel, bis 2030 extreme Ungleichheit zu überwinden;
- die Verabschiedung und Umsetzung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung der Ungleichheit;
- die umfassende Offenlegung von Lobbyaktivitäten;
- Meinungs- und Pressefreiheit.

2. CHANCENGLEICHHEIT FÜR FRAUEN SCHAFFEN

Einkommensungleichheit: ein Rückschlag für die Geschlechtergerechtigkeit

Eine der allgegenwärtigsten und ältesten Formen sozialer Ungleichheit ist diejenige zwischen Männern und Frauen. Geschlechter- und Einkommensungleichheit hängen sehr eng zusammen und verstärken sich gegenseitig.

Männer sind an der Spitze der Einkommensskala überrepräsentiert und besitzen durch hohe Positionen in Politik und Wirtschaft deutlich mehr Macht. Frauen hingegen stellen die überwältigende Mehrheit bei Niedriglohnjobs und in sehr prekären Beschäftigungsbereichen.

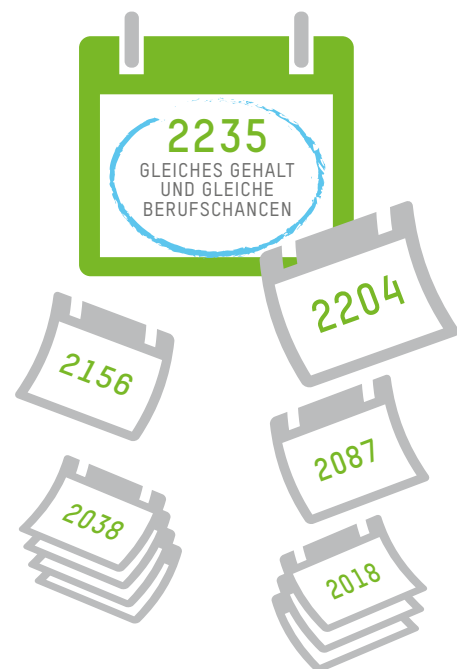
Zahlen und Fakten

- Weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer, in Deutschland sind es 21 Prozent.⁴⁴
- Weltweit leisten Frauen unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit in Höhe von jährlich 10 Billionen US-Dollar.⁴⁵
- In nur vier Tagen verdient ein Vorstandsvorsitzender eines der fünf größten Textilkonzerne so viel wie eine Näherin in Bangladesch in ihrem ganzen Leben.⁴⁶
- In Bangladesch sind 85 Prozent der in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten Frauen. Diese Jobs bieten kaum Arbeitsplatzsicherheit und sind oft mit Gefahr für Leib und Leben verbunden. Die meisten Opfer des Einsturzes der Rana-Plaza-Bekleidungsfabrik im April 2013 waren Frauen.

Studien haben ergeben, dass in Gesellschaften mit starker Einkommensungleichheit weniger Mädchen einen höheren Schulabschluss erreichen, weniger Frauen in den Parlamenten vertreten sind und das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern größer ist.⁴⁷ Die weltweit wachsende Einkommensungleichheit bedeutet daher einen schweren Rückschlag für die Bemühungen um Geschlechtergerechtigkeit.

Ungleichheiten verstärken einander

Weitere Dimensionen der Ungleichheit, wie z. B. Hautfarbe, Religion, Kaste, ethnische Zugehörigkeit und andere Zuordnungen, die Menschen bei ihrer Geburt erfahren, verstärken diese Benachteiligung noch. In Mexiko zum Beispiel beträgt die Müttersterblichkeitsrate bei indigenen Frauen das Sechsfache des nationalen Durchschnitts und ist so hoch wie in vielen Ländern Afrikas.⁴⁸



**BLEIBT DIE ENTWICKLUNG WIE SIE DERZEIT IST,
WIRD ES NOCH 217 JAHRE DAUERN,
BIS FRAUEN WELTWEIT
GENAUSO VIEL VERDIENEN UND
DIE GLEICHEN BERUFSCHANCEN HABEN
WIE MÄNNER.⁴⁹**

Die ärmsten 20 Prozent der äthiopischen Bevölkerung haben dreimal geringere Chancen auf Bildung als die reichsten 20 Prozent. Unterschiede zwischen Stadt und Land verschärfen diese Ungleichheit drastisch – insbesondere



© Rajendra Shaw/Oxfam

zu Ungunsten von Frauen und Mädchen. Die ärmsten auf dem Land lebenden Frauen haben eine sechsmal geringere Chance, jemals eine Schule zu besuchen, als die reichsten Männer, die in der Stadt wohnen.⁵⁰ Ohne gezielte Verbesserungen wird es ihren Töchtern und Enkelinnen ebenso ergehen.

Fazit: Die fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter und Einkommensungleichheit greifen ineinander und verstärken sich im Zusammenspiel mit anderen sozialen Ungleichheiten gegenseitig. Dies schafft „Benachteiligungsfällen“, die die ärmsten und am weitesten an den Rand gedrängten Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, tiefer in die Armut treiben – und dort festhalten.

Maßnahmen

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss Einkommensungleichheit verringern und dadurch Geschlechtergerechtigkeit fördern. Denn von der sozialen Schieflage sind besonders Frauen betroffen.

Oxfam fordert

- verstärkte Anstrengungen zur Beendigung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen;
- gleiche Rechte für Männer und Frauen, beispielsweise bei den Erb- und Landrechten;
- einen finanziellen Ausgleich für unbezahlte Pflege- und Betreuungsdienste;
- eine gerechtere Aufteilung von Pflege und Betreuung zwischen den Geschlechtern;
- spezifische Datenerhebungen, um die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf Frauen und Mädchen besser abschätzen zu können.

3. EINKOMMEN ANGLEICHEN

Arm bleibt arm – und Reich wird immer reicher

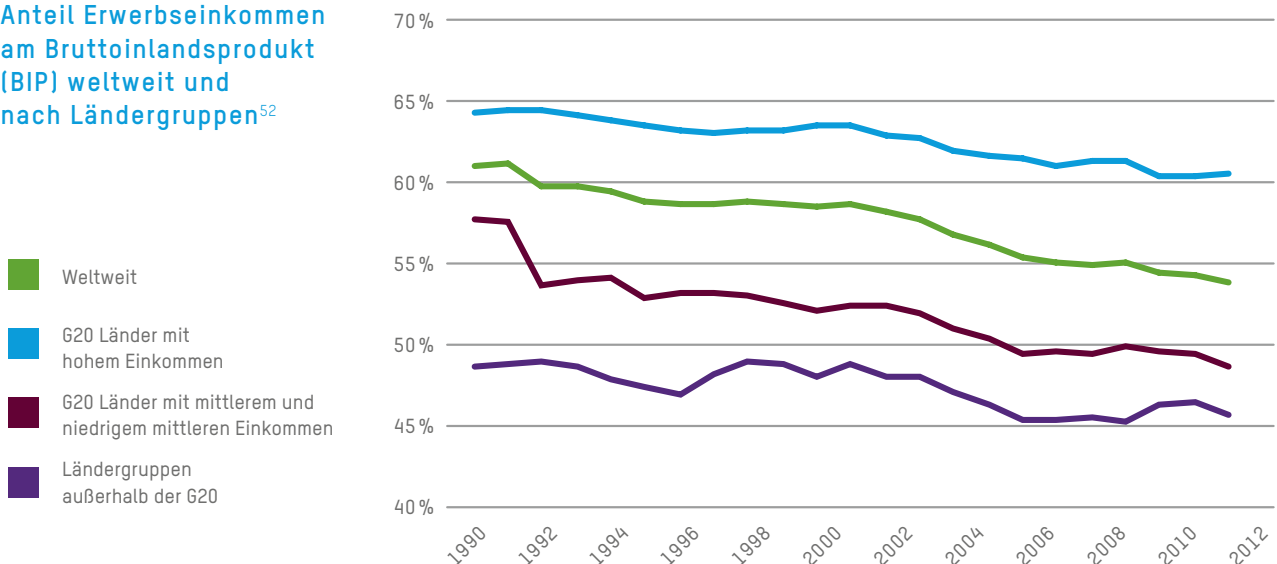
Eine weitverbreitete Annahme lautet, ein gewisses Maß an Einkommensungleichheit sei hinnehmbar, solange diejenigen, die etwas lernen und hart arbeiten, Erfolg haben und zu Wohlstand kommen können. In Ländern mit extremer Ungleichheit sieht die Wirklichkeit jedoch anders aus. Die Kinder der reichen Bevölkerung ersetzen zum großen Teil ihre Eltern in der wirtschaftlichen Hierarchie; ebenso folgen die Kinder der in Armut lebenden Menschen ihren Eltern nach – unabhängig davon, wie begabt sie sind oder wie hart sie arbeiten.

Forschungen haben länderübergreifend nachgewiesen, dass extreme Einkommensungleichheit und geringe soziale Mobilität stark miteinander korrelieren.⁵¹ Wer in einem Land mit hoher Ungleichheit in armen Verhältnissen geboren wird, stirbt höchstwahrscheinlich auch arm, und seine/ihre Nachkommen werden ebenfalls in Armut leben.

Zahlen und Fakten

- In Pakistan hat ein Junge, der in einer ländlichen Gegend geboren wurde und dessen Eltern den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung angehören, nur eine 1,9-prozentige Chance, in die Gruppe der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung aufzusteigen.⁵³
- In den USA wird nahezu die Hälfte der Kinder von Geringverdienenden später als Erwachsene selbst nur ein niedriges Einkommen erzielen.⁵⁴
- Bleibt die Entwicklung wie sie derzeit ist, wird es noch 217 Jahre dauern, bis Frauen weltweit genauso viel verdienen und die gleichen Berufschancen haben wie Männer.⁵⁵

Anteil Erwerbseinkommen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) weltweit und nach Ländergruppen⁵²



Keine Aussicht auf sozialen Aufstieg

Einkommen aus Erwerbsarbeit bestimmt die wirtschaftliche Lage und die Zukunftschancen der meisten Menschen. Aber große Teile der in extremer Armut Lebenden haben keine Chance, der Armut zu entkommen, egal wie hart sie arbeiten, denn zu viele erhalten Hungerlöhne. Frauen sind hiervon wesentlich stärker betroffen als Männer. Die Reichsten hingegen verfügen über hohe und schnell steigende Einkommen sowie zusätzliche Erträge aus ihren angesammelten Vermögen – die soziale Schere öffnet sich immer weiter.

Seit 1990 nimmt der Anteil des Einkommens aus Erwerbsarbeit am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ab, und zwar gleichermaßen in Ländern mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen, und weltweit bringen einfache Angestellte ein immer kleineres Stück vom Kuchen nach Hause, während diejenigen an der Einkommensspitze mehr und mehr bekommen.⁵⁶

Existenzsichernde Löhne zählen zu den wichtigsten Anliegen von Arbeiter(inne)n in armen Ländern. Gewerkschaften verbessern die Chance auf faire Bezahlung. Das Lohnniveau gewerkschaftlich organisierter Beschäftigter ist durchschnittlich 20 Prozent höher als in vergleichbaren Betrieben und Industriezweigen, in denen es keine Gewerkschaften gibt.⁵⁷ Jedoch gibt es in vielen armen Ländern keine starken Gewerkschaften, denn Arbeiter/-innen, die sich organisieren wollen, sehen sich häufig Repressionen ausgesetzt.

Eine andere Arbeitswelt ist möglich

Einige Länder konnten den negativen Trend in Bezug auf niedrige Löhne, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

Zahlen und Fakten

- Zwischen 1980 und 2016 gingen 27 Prozent des weltweiten Einkommenswachstums an die globalen Spitzenverdiener/-innen (das oberste Prozent). Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung musste sich untereinander gerade einmal 13 Prozent des gesamten Einkommenswachstums teilen.⁵⁸
- In Südafrika müsste ein Arbeiter in einer Platin-Mine 93 Jahre schuften, um die durchschnittlichen jährlichen Bonuszahlungen des Minenchefs zu verdienen.⁵⁹
- Rund 40 Prozent der Arbeitskräfte – darunter deutlich mehr Frauen als Männer – sind im informellen Sektor tätig, wo keine Mindestlöhne bezahlt und Arbeitsrechte missachtet werden.⁶⁰

und Nichtachtung von Arbeitsrechten jedoch umkehren. In Brasilien etwa stieg der Mindestlohn zwischen 1995 und 2011 real um beinahe 50 Prozent. Parallel dazu verringerten sich Armut und Einkommensdisparitäten.

Einige fortschrittliche Unternehmen und Genossenschaften schränken exorbitante Vorstandsvergütungen mittlerweile ein. Der brasilianische Mischkonzern SEMCO SA zum Beispiel beschäftigt mehr als 3 000 Menschen in mehreren Produktionsstätten und hält eine Lohnquote von 10:1 ein: Das höchste Gehalt darf maximal zehnmal größer sein als der niedrigste Verdienst.⁶¹

Fazit: Weltweit macht extreme Ungleichheit für Millionen in Armut lebender Menschen die Chancen auf ein besseres Leben zunichte. Es gibt Wege, dies zu verhindern. Eingreifen von Seiten der politisch Verantwortlichen ist dazu unerlässlich.

Maßnahmen

Wenn Unternehmen Gewinne erwirtschaften, dürfen nicht die Vorstandsvergütungen steigen, während Angestellte zu Löhnen unter dem Existenzminimum und zu menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen.

Oxfam fordert

- weltweit gesetzliche Mindestlöhne in existenzsichernder Höhe einzuführen;
- Unternehmen auf ein Verhältnis von höchster zu durchschnittlicher Bezahlung von maximal 20:1 zu verpflichten;
- die Gewerkschafts- und Streikrechte von Arbeiter(inne)n zu gewährleisten.

4. FAIR BESTEUERN

Steuern können Ausgleich schaffen

Das Steuersystem ist eines der wichtigsten Instrumente, mit denen Regierungen etwas gegen Einkommensungleichheit unternehmen können. Durch eine gerechtere Besteuerung sowie Sozialtransfers kann die von Marktkräften getriebene Einkommensungleichheit signifikant korrigiert werden. Finnland etwa hat durch eine progressive Besteuerung und gezielte Sozialausgaben die Ungleichheit halbieren können.⁶²

Die Reichsten in die Pflicht nehmen

Einige Länder haben mittlerweile Steuergesetze eingeführt, die auf den Abbau von Ungleichheit ausgerichtet sind. So wurde 2012 in Senegal ein neues Steuergesetz verabschiedet, das Vermögende und Unternehmen stärker in die Pflicht nimmt, um zusätzliche Mittel für staatliche Dienstleistungen zu generieren.⁶³

In einigen Ländern werden zudem Vermögenssteuern diskutiert. Thomas Pikettys Empfehlungen haben breite öffentliche und politische Resonanz gefunden und die Debatte über eine globale Vermögenssteuer belebt. In der Tat würde bereits eine geringfügige Besteuerung extremer Vermögen immensen Nutzen bringen.

Auch neue Abgaben, die vor allem den unterbesteuerten Finanzsektor in die Verantwortung nehmen, werden diskutiert. So wollen zehn EU-Mitgliedsstaaten eine Finanztransaktionssteuer einführen. Allein in Deutschland könnte

Zahlen und Fakten

- Oxfam schätzt, dass eine Steuer von nur 1,5 Prozent auf das Vermögen der Milliardärinnen und Milliardäre im Jahr 2016 rund 70 Milliarden US-Dollar eingebracht hätte. Diese Summe entspricht rund der Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe in Höhe von 145 Milliarden US-Dollar (2016). Wäre dieses Geld in Bildungs- und Gesundheitssysteme investiert worden, so hätten laut einer Oxfam-Modellrechnung allen Kindern in armen Ländern der Schulbesuch ermöglicht und 6 Millionen Menschenleben in 74 Entwicklungsländern gerettet werden können.⁶⁵
- In den G20-Ländern haben die Regierungen den durchschnittlichen Unternehmenssteuersatz von 40 Prozent im Jahr 1990 auf rund 30 Prozent im Jahr 2015 gesenkt.⁶⁶

diese zwischen 11 und 36 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.⁶⁴ Das Geld sollte für die Entwicklungszusammenarbeit, internationalen Klimaschutz und soziale Ausgaben in Deutschland und Europa genutzt werden.

Fazit: Eine stärkere Besteuerung von großen Unternehmen und Vermögenden ist zur Bekämpfung der Ungleichheit unabdingbar. Jedoch sind die Kräfte, die sich aus Eigeninteressen gegen derartige Reformen wenden, sehr mächtig. Die Gefahr besteht, dass Lücken im internationalen Steuersystem nicht geschlossen werden und die reichsten Unternehmen und Privatpersonen unbehelligt weiter Schlupflöcher ausnutzen können, keinen angemessenen Steueranteil zahlen und sich so auch zukünftig ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

Maßnahmen

Regierungen im Globalen Norden und Süden müssen gemeinsam internationale Regelungen schaffen, um das Ungleichgewicht bei der Besteuerung ärmerer Menschen im Vergleich zu den reichsten Unternehmen und Privatpersonen zu korrigieren. Neben Arbeitseinkommen und Konsum müssen Vermögen angemessen an der Besteuerung beteiligt werden.

Oxfam fordert

- Einkünfte aus Vermögen stärker zu besteuern;
- nationale Vermögenssteuern einzuführen;
- eine globale Vermögenssteuer zu prüfen.

5. INTERNATIONALE STEUER- SCHLUPFLÖCHER SCHLIESSEN

Milliardenverluste durch Steuervermeidung

In armen Ländern, wo Sozialtransfers und Umverteilung besonders nötig wären, sind die Steuersysteme leider oft nur ansatzweise in der Lage, das nationale Einnahmepotenzial auszuschöpfen.

Zahlen und Fakten

- Entwicklungsländer verlieren durch die Steuervermeidung von multinationalen Konzernen jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen.⁶⁷
- Nach einer Oxfam-Schätzung haben neun von zehn großen Unternehmen mindestens eine Niederlassung in einer Steueroase.⁶⁸
- Oxfam schätzt, dass die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen – China ausgenommen – fast eine Billion US-Dollar zusätzlich einnehmen könnten, würden sie Steuerlücken auch nur zur Hälfte schließen.⁶⁹
- Reiche Einzelpersonen haben laut einer Schätzung des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Zucman derzeit Vermögen in Höhe von rund 7,6 Billionen US-Dollar in Steueroasen angelegt. Den Heimatländern dieser Personen entgehen dadurch rund 190 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen.⁷⁰
- Bangladesch wird durch Steueroasen jährlich um Einnahmen in Höhe von 310 Millionen US-Dollar gebracht. Das wäre genug, um fast 20 Prozent des Budgets für Grundbildung zu finanzieren – in einem Land, wo auf 75 Kinder im Grundschulalter nur eine Lehrkraft kommt.⁷¹

Einen großen Teil des Problems macht der zunehmende Rückgang bei der Erhebung von Unternehmenssteuern aus. Multilaterale Organisationen und Finanzinstitutionen, z. B. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank, empfehlen armen Ländern, Steuerentlastungen, Steuerbefreiungen und Sonderwirtschaftszonen einzuführen,

um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Solche Anreize werden immer häufiger geschaffen und haben in einigen der ärmsten Länder die Grundlagen für eine angemessene Unternehmensbesteuerung ausgehöhlt.

//

Wir können und müssen
den Kurs ändern hin
**zu einer fairen Besteuerung,
zur Austrocknung von Steueroasen**
sowie zum gleichberechtigten
Zugang zu sozialen Grunddiensten wie
Gesundheit und Bildung.

JEFFREY SACHS⁷²

//

Oft ist der Handlungsspielraum von nationalen Regierungen durch internationale Steuerschlupflöcher, zulässige Steuervermeidungspraktiken und fehlende internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen stark eingeschränkt. Keine Regierung ist allein mächtig genug, um Industriegiganten ihre Vorteile streitig zu machen. Große Unternehmen können sich unzählige sachkundige Wirtschaftsprüfer/-innen leisten, um die Steuern kleinzurechnen. Multinationale Konzerne wie Apple oder Starbucks⁷³ haben durch die Nutzung von Steueroasen bereits Abgaben in Milliardenhöhe umgangen. Gleiches gilt für vermögende Privatpersonen. Multimilliardär Warren Buffet nennt das derzeitige Steuersystem unfair, da es ihm ermöglicht, weniger Steuern zu zahlen als sein Sekretär.

Steueroasen garantieren Geheimhaltung und niedrige Steuersätze. Eine reale Geschäftstätigkeit ist hier keine Voraussetzung für die Registrierung eines Unternehmens oder einer Bank. Ein Paradebeispiel für diese eklatante Praxis ist Uglan House, ein Bürogebäude auf den Kaimaninseln. Es ist Sitz von 18857 Firmen, was US-Präsident Obama zu der treffenden Bemerkung veranlasste, dass es sich „entweder um das größte Bauwerk oder den größten Steuerbetrug der Welt“ handeln müsse.⁷⁴

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt?

Durch Steueroasen ermöglichte Betrugereien treffen arme Länder überproportional. Erfreulicherweise beginnt die internationale Staatengemeinschaft mittlerweile, Maßnahmen zu ergreifen. Im Rahmen des sogenannten BEPS-Prozesses (BEPS, Base Erosion and Profit Shifting) haben die G20 und die OECD im Jahr 2013 einen Aktionsplan gegen Gewinnkürzung und -verlagerung multinational



Die **Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten** anzugehen, ist der **Imperativ unserer Zeit**.

GRAÇA MACHEL⁷⁵



tätiger Unternehmen verabschiedet.⁷⁶ Zwar dürften die ergriffenen Maßnahmen kaum ausreichen, um auch armen Ländern höhere Einnahmen aus der Besteuerung von Unternehmen zu ermöglichen – kein Wunder, wenn man bedenkt, dass diese in dem exklusiven Verhandlungskreis

nicht vertreten sind –, aber immerhin zeugt der Plan von einer wachsenden Einsicht, dass das System geändert werden muss.

Auch der IWF widmet sich der Besteuerung multinationaler Unternehmen. In einem kürzlich erschienen Bericht wies die Organisation auf die Notwendigkeit hin, das Steueraufkommen zugunsten der armen Länder zu verändern.⁷⁷ Zudem erwägt der IWF eine weltweite Gesamtkonzernbesteuerung.⁷⁸ Sie soll sicherstellen, dass Unternehmen dort Steuern zahlen, wo sie wirtschaftlich tätig sind und ihre Gewinne erzielen.

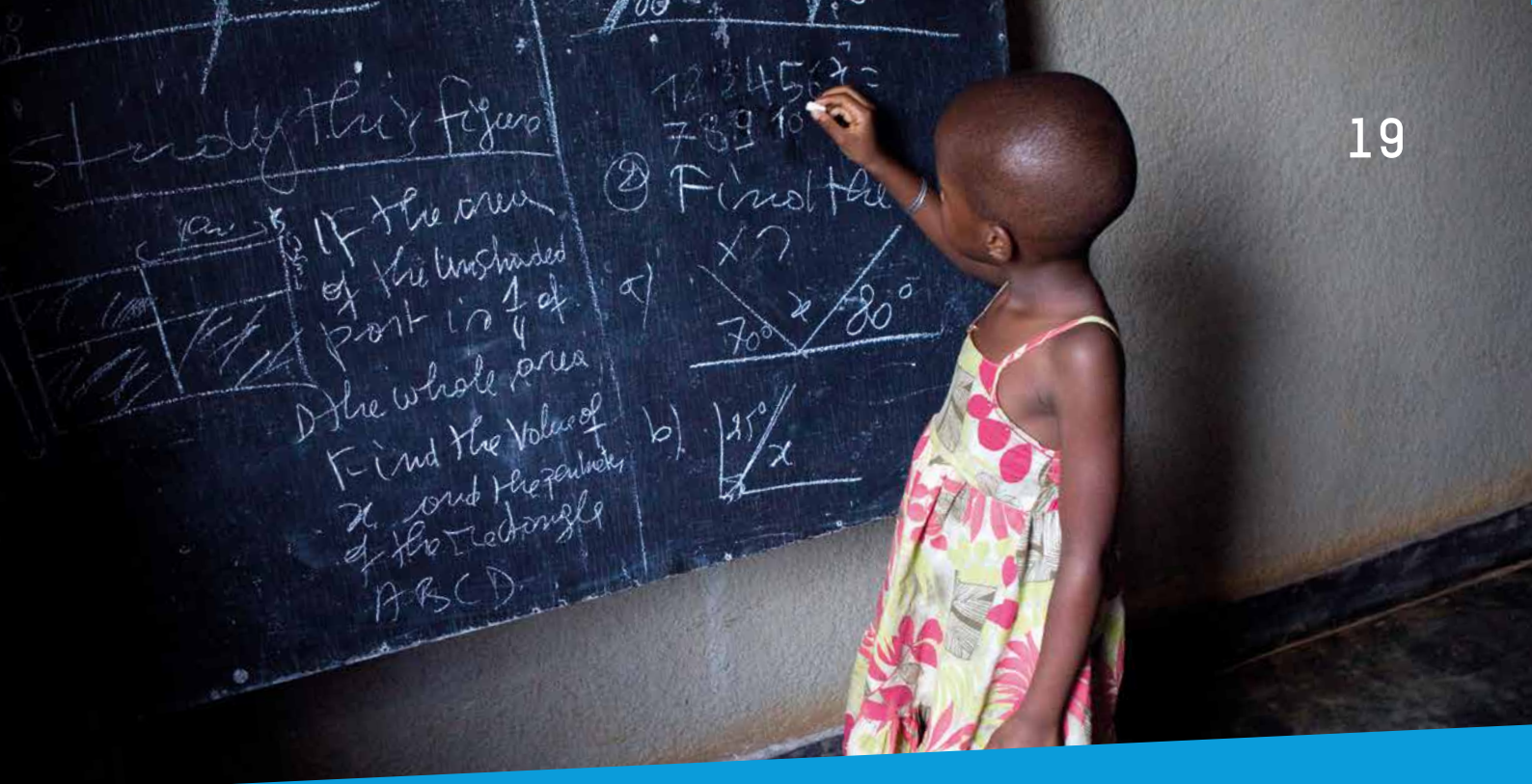
Fazit: Die internationale Staatengemeinschaft macht Fortschritte, z. B. in Bezug auf Steuertransparenz und einen automatischen globalen Austausch von Steuerinformationen. Dies soll den Schleier der Geheimhaltung lüften, der Steuervermeidung erleichtert. Ein gravierendes Manko aber ist, dass die armen Länder nicht mit am Verhandlungstisch sitzen und nur unzureichend einbezogen werden. Dies muss sich ändern.

Maßnahmen

Das Wirtschaftssystem darf nicht länger Steuervermeidung multinationaler Unternehmen und reicher Einzelpersonen begünstigen, denn dadurch werden die öffentlichen Haushalte ausgehöhlt und die Möglichkeiten von Regierungen beschnitten, mehr gegen soziale Ungleichheit zu tun.

Oxfam fordert

- Unternehmen dort zu besteuern, wo sie wirtschaftlich aktiv sind und Gewinne erwirtschaften;
- eine öffentliche länderbezogene Rechnungslegung von Unternehmen über Gewinne und Steuern;
- ein öffentliches Register für wirtschaftliches Eigentum und wirtschaftlich Begünstigte;
- den automatisierten internationalen Austausch von Steuerinformationen auch mit armen Ländern, die selbst keine Informationen weitergeben können;
- Steueroasen durch Maßnahmen wie die Einführung schwarzer Listen und Sanktionen zu unterbinden;
- Transparenz über bestehende Steueranreize für Unternehmen und Investoren herzustellen – auch über die damit verbundenen Steuerausfälle;
- die Initiierung eines Reformprozesses auf Augenhöhe mit armen Ländern und die Schaffung eines inklusiveren internationalen Steuerregimes.



© Simon Rawles

6.

BILDUNG FÜR ALLE ERREICHEN

Zahlen und Fakten

- Öffentliche Leistungen stocken das Nettoeinkommen der ärmsten Bevölkerungsschichten in den OECD-Ländern indirekt um bis zu 76 Prozent auf.⁷⁹
- Zwischen 2000 und 2007 verminderte das auf staatliche Dienstleistungen zurückzuführende „virtuelle Einkommen“ die Einkommensungleichheit in allen OECD-Staaten um durchschnittlich 20 Prozent.⁸⁰
- In Argentinien, Bolivien, Brasilien, Mexiko und Uruguay führte allein das „virtuelle Einkommen“ aus dem Gesundheits- und Bildungsbereich zu einem Rückgang der Ungleichheit um 10 bis 20 Prozent.⁸¹
- Eine pakistanische Familie, die zu den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung zählt, müsste Finanzmittel in Höhe von 127 Prozent ihres Einkommens aufbringen, um alle ihre Kinder auf eine vermeintlich billige Privatschule zu schicken.⁸² Ähnliches gilt für Malawi und Indien.⁸³
- Frauen und Mädchen sind meist als erste ausgeschlossen, wenn für staatliche Dienste bezahlt werden muss.

Soziale Grunddienste sorgen für Einkommen

Öffentliche Schulen mit gut ausgebildeten Lehrkräften sowie Krankenhäuser und Gesundheitszentren mit qualifiziertem Fachpersonal helfen, Einkommens- und Vermögensarmut zu überwinden. Bildung und Gesundheitsfürsorge sind Menschenrechte, und ihre gebührenfreie Bereitstellung mildert die schlimmsten Folgen der ungleichen Verteilung von Einkommen und Reichtum. Drückt man diese öffentlichen Dienstleistungen in einem monetären Wert aus („virtuelles Einkommen“) und rechnet diesen dem faktischen Einkommen hinzu, dann ist festzustellen, dass insbesondere die ärmsten Bevölkerungsgruppen durch eine indirekte Aufstockung ihres Gesamteinkommens profitieren.

Bessere Bildung – weniger Ungleichheit

Insbesondere Bildung ist ein Kernelement, um soziale Ungleichheit zu verringern. Zugang zu guter, gebührenfreier öffentlicher Bildung erhöht die Chancen jedes Menschen, ein selbstbestimmteres, gesünderes und produktiveres Leben zu führen. Hier hat sich in den letzten Jahren einiges zum Positiven gewendet. Seit Beginn des internationalen Aktionsprogramms „Bildung für alle“ und der Verabschiedung der Millennium-Entwicklungsziele im

Jahr 2000 gab es bemerkenswerte Fortschritte im Bereich der Grundbildung.

Länder wie Äthiopien, Mosambik oder Vietnam haben Ausgaben für ihre öffentliche Bildungssysteme priorisiert und damit gute Erfolge erzielt. Vietnam etwa gibt 18 Prozent der Staatsausgaben für Bildung aus – dadurch konnten nicht nur Ungleichheiten beim Bildungszugang angegangen, sondern auch die Qualität des Unterrichts verbessert werden. Äthiopien und Mosambik gehen einen ähnlichen Weg und haben Ausgaben für Bildung priorisiert – sie wenden rund 22 Prozent ihrer Etats für Bildung auf. Das zeigt, dass Fortschritte möglich sind.

Weltweit sank die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, zwischen 1999 und 2011 um fast die Hälfte. Eine große Rolle spielte dabei in vielen Ländern die Abschaffung von Schulgebühren. In Uganda beispielsweise stieg die Einschulungsquote danach in nur einem Jahr um 73 Prozent, von 3,1 Millionen auf 5,3 Millionen eingeschulte Kinder.⁸⁴

Dennoch haben weltweit noch immer 264 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 17 Jahren keinen Zugang zu Bildung. Entwicklungsländer müssen mehr eigene Ressourcen in Bildung investieren – mindestens 20 Prozent der öffentlichen Mittel sollten in diesen Bereich fließen. Derzeit geben die Länder im Schnitt gut 14 Prozent für Bildung aus. Das reicht nicht aus, um allen Kindern Zugang zu guter Bildung zu ermöglichen und besonders einkommensschwache Familien zu unterstützen.⁸⁵ So wird Millionen Kindern ihr Recht auf Bildung verwehrt und Einkommensschwache werden tiefer in die Armutsfalle getrieben.

Gebühren und Privatisierung vernichten Chancen

Diese Kürzungen sowie die Berücksichtigung von Partikularinteressen verschärfen soziale Ungleichheit. Zu viele Länder leiden unter den Folgen einer Politik, die Bildung, Gesundheitsfürsorge und andere öffentliche Dienstleistungen gebührenpflichtig macht und privatisiert.

Werden Gebühren für staatliche Dienstleistungen erhoben, können Millionen von Kindern, Frauen und Männern diese nicht nutzen. Dass die Weltbank jahrelang genau dies empfohlen hat, sieht ihr derzeitiger Präsident Jim Yong Kim mittlerweile als ideologisch bedingten Fehler an. Trotz des Schadens, den solche Gebühren anrichten, sind sie jedoch immer noch weit verbreitet. So setzen einige Länder in den letzten Jahren vermehrt auf private Schulen, um armen Familien den Zugang zu vermeintlich günstiger Bildung zu ermöglichen. Die Realität sieht allerdings oft anders aus, denn die anfallenden Gebühren belasten Familien schwer: In Ghana z. B. müssen die ärmsten Familien durchschnittlich 40 Prozent ihres Haushaltseinkommens aufwenden, um wenigstens eines ihrer Kinder auf solch eine Schule schicken zu können.⁸⁶

Fazit: Um Chancengerechtigkeit herzustellen, sind starke öffentliche Bildungssysteme nötig. Die Qualität des Unterrichts muss durch eine Förderung der Lehramtsausbildung sowie gute Einrichtungen und Ausstattung verbessert werden. Zudem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den am stärksten benachteiligten Kindern den Anschluss zu ermöglichen.

Maßnahmen

Allgemeiner Zugang zu qualitativ guten Bildungsangeboten ist für die Reduzierung sozialer Ungleichheit unerlässlich.

Oxfam fordert

- die Abschaffung von Gebühren für den Schulbesuch, mindestens bis zur Sekundarstufe;
- arme und reiche Länder müssen ihre Finanzierungsverpflichtungen im Bildungsbereich einhalten. Arme Länder sollten 20 Prozent ihrer nationalen Haushalte für Bildung aufwenden, davon die Hälfte für Grundbildung. Geberländer sollten entsprechend den Anteil der Hilfe für Bildung erhöhen;
- gewinnorientierte Initiativen von Privatunternehmen im Bildungsbereich sollten nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

7. DAS RECHT AUF GESUNDHEIT DURCHSETZEN

Bessere Gesundheitsfürsorge – weniger Ungleichheit

Gesundheit ist ein Menschenrecht; sie ist ebenso eine Grundvoraussetzung, um arbeiten zu können und Geld zu verdienen. Eine gute öffentliche Gesundheitsfürsorge ist eines der wichtigsten Elemente zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Zwischen 2008 und 2012 kürzten allerdings zwei Drittel aller Entwicklungsländer aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die Mittel für Gesundheit.⁸⁷ Solche Einschnitte treffen vor allem diejenigen, die bereits zu den Ärmsten der Armen gehören.

Privatisierung – der falsche Weg!

Die vermeintlichen Lösungsansätze weisen Parallelen zum Bildungsbereich auf: Der Privatsektor soll es in vielen Fällen richten. Geberländer, unter anderem Deutschland, und Geberorganisationen wie die Weltbank drängen darauf, dass der Privatsektor eine größere Rolle im Gesundheitssektor spielt, obwohl dadurch erwiesenermaßen die Ungleichheit oft wächst. In den allermeisten Fällen bietet der Privatsektor keine Versorgung für die gesamte Bevölkerung, sondern es entsteht ein Parallelsystem: Die Reichen können aus den staatlichen Dienstleistungen aussteigen und haben daher kein Interesse mehr, diese durch Steuerzahlungen zu unterstützen.

Erhebliche Summen, die in den Abbau von sozialer Ungleichheit investiert werden könnten, enden durch Steuervorteile und sogenannte „Public-Private-Partnerships“ (PPPs, Partnerschaften der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und der privaten Wirtschaft) in den falschen Händen. In Indien wurden beispielsweise zahlreichen privaten Krankenhäusern Steueranreize für eine kostenfreie Behandlung mittelloser Patient(inn)en gewährt, die dann aber nicht erfolgte.⁸⁸ Das im Rahmen einer PPP finanzierte Queen Mamohato Memorial Hospital in Lesothos Hauptstadt Maseru verschlingt schon jetzt die Hälfte des gesamten Gesundheitsbudgets des Landes – und die Kostenspirale dreht sich weiter. In der Folge werden die

Budgets für Gesundheitsdienste im ländlichen Bereich immer kleiner, obwohl gerade dort die Menschen in größter Armut leben.⁸⁹ Dies führt zwangsläufig zu einer weiteren Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Zahlen und Fakten

- Jedes Jahr verarmen 100 Millionen Menschen, weil sie für Gesundheitsfürsorge bezahlen müssen.⁹⁰
- 2015 starben 303 000 Frauen während der Schwangerschaft bzw. bei der Geburt. Das sind rund 830 Frauen pro Tag. 99 Prozent der Frauen lebten in Entwicklungsländern.⁹¹
- 2015 starben 5,9 Millionen Kinder weltweit vor ihrem 5. Geburtstag. Das sind rund 16 000 jeden Tag.⁹²

Starke öffentliche Gesundheitssysteme schaffen!

Die dynamische Debatte zur Schaffung einer allgemeinen Gesundheitsabsicherung (Universal Health Coverage, UHC)⁹³ bietet neue Chancen, den Zugang zu medizinischer Versorgung weltweit zu verbessern. Weltbank-Präsident Jim Yong Kim hat unmissverständlich festgestellt, dass UHC beim Abbau von Ungleichheit und der Beseitigung von Armut bis zum Jahr 2030 eine entscheidende Rolle spielt.⁹⁴

Und es gibt vielversprechende Fortschritte: Schwellenländer wie China, Thailand, Südafrika und Mexiko erhöhen die Investitionen in den öffentlichen Gesundheitsbereich deutlich, viele Länder mit niedrigem Einkommen haben die Ungleichheit durch Einführung einer gebührenfreien und steuerfinanzierten Gesundheitsfürsorge verringert. Thailand konnte die Gesundheitsausgaben der ärmsten Bevölkerungsschichten innerhalb eines Jahres halbieren; Kinder- und Müttersterblichkeit sanken.⁹⁵ Sri Lanka,

Malaysia und Hongkong, die eine allgemeine Gesundheitsabsicherung erreicht oder fast erreicht haben, sodass die ärmsten Menschen keinen Gebrauch von privatwirtschaftlichen Gesundheitsdiensten machen müssen, erzielten diesen Erfolg durch die Stärkung öffentlicher Gesundheitssysteme.

Fazit: Die Finanzierung von öffentlichen Gesundheitsdienstleistungen muss eindeutig Vorrang vor privaten Lösungen haben. Eine allgemeine, staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung muss elementarer Bestandteil aller Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit sein.

Maßnahmen

Rückläufige öffentliche Ausgaben, Privatisierung und Einführung von Gebühren hemmen zunehmend den Zugang zu Gesundheitsfürsorge. Dieser Trend muss durch entschiedenes politisches Handeln umgekehrt werden. Verteilungsgerechtigkeit bei gesellschaftlichen Ressourcen ist die beste Gesundheitspolitik.

Oxfam fordert

- Gebühren für Gesundheitsdienstleistungen abzuschaffen;
- Finanzierungszusagen durch Geber- und Entwicklungsländer einzuhalten;
- aus öffentlichen Mitteln keine privaten Profite zu finanzieren.

© Aubrey Wade/Oxfam



8. MONOPOLE AUF HERSTELLUNG VON MEDIKAMENTEN ABSCHAFFEN

Handelsregeln zu geistigem Eigentum kosten Leben

Internationale, zu einem guten Teil auf Druck der Pharmalobby eingeführte Handelsregeln, welche die Kosten für Medikamente drastisch erhöhen, schwächen die Möglichkeiten von Regierungen, für alle Bürger/-innen eine ausreichende medizinische Versorgung zu gewährleisten. Klauseln in internationalen Freihandelsabkommen zu Fragen des geistigen Eigentums treiben Arzneimittelpreise in die Höhe, sodass nur noch die Reichen sie bezahlen können. Aufgrund der Verlängerung von Patenten füllen sich die Kassen von Pharmafirmen. Gleichzeitig werden die Gesundheitsbudgets armer Länder durch die hohen Arzneimittelkosten geschröpft und lebensnotwendige Medikamente können nicht in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet beispielsweise für viele der weltweit rund 180 Millionen mit Hepatitis C infizierten Menschen, dass sie nicht behandelt werden können, denn weder sie noch ihre Regierungen können die aufgrund der internationalen Regeln hohen Kosten für Medikamente von 1.000 US-Dollar pro Tag aufbringen.

Generika bewirken Preissenkungen

Der übertriebene Schutz geistigen Eigentums verhindert Wettbewerb auf dem Medikamentenmarkt, der die Preise deutlich senken könnte. Erst nachdem indische Firmen HIV-Medikamente herstellen durften, haben sich die Kosten für eine HIV-Medikation von jährlich 10.000 US-Dollar pro Patient/-in auf 100 US-Dollar reduziert. Durch die Senkung der Medikamentenpreise konnten 15,8 Millionen Menschen

Zahlen und Fakten

- In Asien machen Medikamente im regionalen Durchschnitt 80 Prozent der von den Bürger(inne)n aus eigener Tasche zu zahlenden Gesundheitskosten aus.⁹⁶
- In Europa sind die staatlichen Ausgaben für Medikamente zwischen 2000 und 2009 um 76 Prozent angestiegen; aufgrund der hohen Preise verweigern einige Länder Patient(inn)en mittlerweile die Kostenübernahme für neue Krebsmedikamente.⁹⁷
- Um Entscheidungen auf EU-Ebene zu beeinflussen, gibt die Pharmaindustrie jährlich mindestens 40 Millionen Euro aus und beschäftigt 220 Lobbyist(inn)en.⁹⁸

eine HIV-Behandlung erhalten – im Vergleich zu 700.000 im Jahr 2000.⁹⁹ Dank der Ablehnung des Antrags auf Patentierung des Krebsmedikaments Gilevec durch das Oberste Indische Gericht können Leukämiepatient(inn)en nun Generika zum Preis von nur 175 US-Dollar pro Monat kaufen – die Herstellerfirma Novartis verlangt 2.600 US-Dollar.¹⁰⁰

Fazit: Menschen sind wichtiger als Profite, daher müssen die kostengünstige Herstellung von Generika vereinfacht und die starren Regeln zu geistigem Eigentum differenziert und gelockert werden. Doch noch immer werden arme Länder dazu gedrängt, Handels- und Investitionsabkommen mit ausgeweiteten Regeln zum Schutz geistigen Eigentums zu unterzeichnen.

Maßnahmen

Die Regelungen zu geistigen Eigentumsrechten von Pharmakonzernen in der Forschung und Entwicklung sowie zur Preispolitik bei Medikamenten müssen geändert werden, damit alle Menschen Zugang zu geeigneten und bezahlbaren Arzneien haben.

Oxfam fordert

- bei Handelsabkommen geistige Eigentumsrechte auszunehmen;
- bestehende multilaterale Abkommen nicht durch bilaterale Handelsabkommen auszuhebeln;
- höhere und auch öffentliche Investitionen in die Entwicklung von Medikamenten – einschließlich bezahlbarer Generika – zu tätigen.

9. SOZIALE SICHERUNG FÜR ALLE SCHAFFEN

Soziale Netze: Solidarität mit den Ärmsten

Soziale Sicherheit umfasst Leistungen wie Kindergeld, Rente und Arbeitslosenhilfe, die bedürftigen Menschen ein Leben in Würde ermöglichen. Wie Gesundheits- und Bildungssysteme unterstützen auch soziale Sicherungssysteme diejenigen, die sie am dringendsten benötigen. Sie bringen die schiefe Einkommensverteilung in bessere Balance, mildern die Auswirkungen der Ungleichheit und sind Merkmal einer solidarischen Gesellschaft.

Berechnungen zufolge laufen jedoch mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung Gefahr, wegen mangelnder sozialer Absicherung zu verarmen.¹⁰¹ Das müsste nicht so sein: Laut aktuellen Untersuchungen könnten selbst die ärmsten Länder eine soziale Grundversorgung finanzieren.¹⁰²

Fehlende soziale Sicherung verschärft die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern

Fehlende oder mangelhafte soziale Sicherungssysteme haben insbesondere für Frauen negative Auswirkungen. So wurden in China neue Einkommensmöglichkeiten für Frauen durch die Kürzung von Hilfen zur Kinderbetreuung und Altenpflege untergraben, da sie zu zusätzlicher unbezahlter Arbeit für die Frauen führten.¹⁰³ Untersuchungen zur Finanzkrise in Europa zeigen, dass Mütter kleiner Kinder als Folge der Sparprogramme eine geringere Chance auf Weiterbeschäftigung haben. Dies hängt unter anderem mit Einschnitten bei der Kinderbetreuung zusammen.¹⁰⁴

Beispiele aus aller Welt zeigen, dass gebührenfreie soziale Dienstleistungen zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen, insbesondere wenn sie auf die Bedürfnisse

Zahlen und Fakten

- 70 Prozent der Weltbevölkerung sind nicht angemessen sozial abgesichert.¹⁰⁵
- Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ist überhaupt nicht sozial abgesichert.¹⁰⁶
- In den Ländern Afrikas südlich der Sahara und in Südasien haben nur fünf bis zehn Prozent der arbeitenden Bevölkerung gesetzlichen Anspruch auf soziale Sicherung.¹⁰⁷
- In Brasilien hat ein staatliches Rentenprogramm dazu beigetragen, dass sich 14 Millionen Menschen aus extremer Armut befreien konnten.¹⁰⁸

von Frauen zugeschnitten sind. Im kanadischen Quebec etwa trugen höhere staatliche Beihilfen für Kinderbetreuung dazu bei, dass 70 000 Mütter Arbeit fanden. Die so generierten Steuereinkünfte überstiegen die Kosten des Programmes.¹⁰⁹ Ein südafrikanisches Programm für die Unterstützung der Kinder armer Familien konnte bedürftige Frauen auf dem Land besser erreichen als frühere Maßnahmen, nachdem die Regierung die Auswirkungen der neuen Politik auf beide Geschlechter sorgfältig überprüft hatte.¹¹⁰

Fazit: Soziale Sicherungssysteme sind zur Minderung von Einkommens- und Geschlechterungleichheit unverzichtbar. Ihr Aufbau ist relativ kostengünstig und trägt zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei. Alle Regierungen sollten die von ILO und WHO ins Leben gerufene Initiative für einen Social Protection Floor¹¹¹ aufnehmen und umsetzen. Dieser schafft eine grundlegende Einkommenssicherheit für alle Arbeitslosen, Kinder, Senioren, Menschen mit Behinderungen und andere, die nicht aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sichern können.

Maßnahmen

Eine soziale Grundsicherung, die Ungleichheit verringert und Sicherheitsnetze für die bedürftigsten Menschen schafft, muss flächendeckend und dauerhaft aufgebaut werden.

Oxfam fordert

- flächendeckende Kinderbetreuung;
- staatlich finanzierte Altenpflege ebenso wie Einkommenssicherung durch Kinder- und Arbeitslosengeld;
- ausreichende Renten.

10. ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG NEU AUSRICHTEN

Zahlen und Fakten

- Armen Ländern entgehen jährlich fast 200 Milliarden US-Dollar an externer Hilfe, weil die OECD-Geberländer ihre internationalen Hilfszusagen nicht erfüllen.¹¹² 2016 stellte die internationale Gebergemeinschaft 145 Milliarden US-Dollar bereit, dies entspricht nur 0,32 Prozent des gesamten Bruttonationaleinkommens (BNE) der OECD-Geberländer.¹¹³
- Im Jahr 2016 erfüllten nur sechs Geberländer die internationale Verpflichtung, 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.¹¹⁴
- 11 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe – in Deutschland sogar 25 Prozent – sind Ausgaben für die Integration und Unterkunft von in die Geberländer geflüchteten Menschen. Dieses Geld kommt gar nicht in den armen Ländern an.¹¹⁵

Gebrochene Versprechen

Im internationalen Entwicklungsdiskurs wird zunehmend die Bedeutung der Erhöhung einheimischer Ressourcen in Entwicklungsländern hervorgehoben. Keine Frage, eine bessere Erhebung von Steuern ist wichtig, damit die ärmsten Länder die Ausgaben für ihre Dienstleistungen aufstocken und so das Recht auf Bildung und Gesundheit für die gesamte Bevölkerung durchsetzen sowie soziale Ungleichheit bekämpfen können. Viele arme Länder haben hierbei in den vergangenen Jahren vielversprechende Erfolge erzielt. Trotzdem benötigen insbesondere die ärmsten Länder langfristig externe Unterstützung in Form von Entwicklungszusammenarbeit. Diese muss auch verstärkt dazu genutzt werden, ihre Steuersysteme zu verbessern sowie Transparenz und Rechenschaftslegung staatlicher Stellen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

Doch noch immer hält der überwiegende Teil der internationalen Gebergemeinschaft die fast 50 Jahre alte Zusage nicht ein, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens

(BNE) für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Deutschland etwa müsste seine Mittel weiter deutlich erhöhen, um den internationalen Verpflichtungen nachzukommen. 2016 lagen diese offiziell bei 24,7 Milliarden US-Dollar und damit bei 0,7 Prozent. Allerdings waren rund 25 Prozent der deutschen Entwicklungsleistungen in Deutschland anfallende Ausgaben für Geflüchtete, d. h. die in Entwicklungsländern ankommenden Leistungen fallen deutlich niedriger aus.¹¹⁶

Zu wenig Geld für arme Länder

Viele der ärmsten Länder haben seit dem Jahr 2000 ihre Mittel für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung erhöht; unter dem Druck der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise mussten einige ihre Etats allerdings wieder kürzen. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass die Krise allein 2011 Einbußen in ihrer Wirtschaftsleistung von rund 238 Milliarden US-Dollar verursachte.¹¹⁷ Die Haushalte vieler armer Länder sind daher umso mehr auf Entwicklungszusammenarbeit angewiesen.

Insbesondere in den Bereichen, die für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit unverzichtbar sind, klaffen Finanzierungslücken: Laut UNESCO fehlen jährlich mindestens 39 Milliarden US-Dollar, um Bildung für alle zu finanzieren.¹¹⁸ Entgegen dem Bedarf sind die Geberleistungen jedoch rückläufig. Während er zwischen 2000 und 2009 noch kontinuierlich anstieg, ging der Bildungsanteil an der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit über sechs Jahre in Folge von 10 Prozent im Jahr 2009 auf nur noch 6,9 Prozent im Jahr 2015 zurück.¹¹⁹

Auch Deutschland tut zu wenig: Die Förderung der Grundbildung macht bislang weniger als drei Prozent der bilateralen deutschen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aus¹²⁰ – zivilgesellschaftliche Organisationen fordern ein Aufstocken auf zehn Prozent. An der Global Partnership for Education (GPE) zur Finanzierung der Pläne der armen Länder im Bildungssektor beteiligt sich Deutschland ebenfalls nur marginal. 2018 stellt Deutschland gerade einmal 9 Millionen Euro für dieses wichtige Instrument zur Verfügung.¹²¹

Die Ausgaben für Gesundheitsfürsorge liegen in vielen Entwicklungsländern noch immer deutlich unter 60 US-Dollar pro Kopf.¹²² Diese Summe ist laut WHO-Schätzungen erforderlich, um der gesamten Bevölkerung eine grundlegende gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten. Um die Lücke zu schließen, sind die armen Länder auf die Unterstützung der Gebergemeinschaft angewiesen. Im Gesundheitsbereich erreichen jedoch die wenigsten Geber die von der WHO empfohlene Zielsetzung, 0,1 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich bereitzustellen. 2015 betrug die deutschen Leistungen laut Berechnungen des Aktionsbündnisses gegen Aids nur 0,031 Prozent des BNE.¹²³

Fiskalischen Spielraum, um der internationalen Verantwortung endlich gerecht zu werden, kann zum Beispiel die von Deutschland und zehn weiteren EU-Ländern beschlossene Finanztransaktionssteuer schaffen, deren zu erwartende Einnahmen in Milliardenhöhe liegen.

Entwicklungsgelder sinnvoll verwenden

Richtig eingesetzt, können Entwicklungsgelder deutliche Verbesserungen erzielen. Budgethilfe hat etwa die Regierung Ruandas darin unterstützt, Schulgebühren abzuschaffen und mehr mit HIV infizierten und an Aids erkrankten Menschen eine Behandlung zu ermöglichen.¹²⁴ Es ist daher unverständlich, dass viele Geber allgemeine bzw. sektorale Budgethilfe, die den Vorteil hat, dass die

Partnerregierung die Mittel gemäß den Prioritäten der jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategien flexibel einsetzen kann, so wenig nutzen. Deutschland macht von diesem Instrument unverständlicherweise jedoch kaum Gebrauch.

Um mehr einheimische Ressourcen generieren zu können, müssen arme Länder ihre Steuersysteme ausbauen. Mit höheren Einnahmen, vor allem durch die Besteuerung von Unternehmen, könnten ärmere Länder ihre Ausgaben für soziale Grunddienste deutlich steigern. Auch hier sollte die Gebergemeinschaft eine wichtige Rolle spielen und arme Länder beim Ausbau ihrer Finanzsysteme unterstützen. Allerdings wurde zwischen 2002 und 2011 nur ein Prozent der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zur Unterstützung von öffentlichen Finanzsystemen eingesetzt und nur 0,1 Prozent für Steuerprogramme.¹²⁵ Nach Schätzungen der UNESCO könnten 67 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zusätzlich 153 Milliarden US-Dollar für Bildung generieren, wenn sie ihre Steuereinnahmen erhöhen und ein Fünftel davon für Bildung zur Verfügung stellen würden.¹²⁶

Fazit: Die internationale Gebergemeinschaft muss ihre Verpflichtungen bei der Entwicklungsfinanzierung endlich ernst nehmen und ihre Zusagen erfüllen. Mit den zusätzlichen Mitteln müssen insbesondere diejenigen Bereiche gefördert werden, die für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit unerlässlich sind.

Maßnahmen

Entwicklungsfinanzierung muss zum Abbau von Ungleichheit beitragen, indem sie Regierungen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter, wie zum Beispiel Bildung und Gesundheit, unterstützt und die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen gegenüber ihren Bürgern verbessert.

Oxfam fordert

- dass die Geberländer ihre Verpflichtungen zur Entwicklungsfinanzierung endlich einlösen und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufbringen;
- arme Länder bei der Einführung gebührenfreier öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung, zu unterstützen;
- arme Länder bei der Mobilisierung höherer Steuereinnahmen zu unterstützen;
- mit Programmen zur Förderung demokratischer Teilhabe dazu beizutragen, die Zivilgesellschaft in armen Ländern zu stärken.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Gini-Koeffizient für Südafrika betrug 0,56 im Jahr 1995 und 0,63 im Jahr 2009, <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI>.
- 2 Forbes (2017): The African Billionaires 2017, <https://www.forbes.com/sites/mfonobongnsehe/2017/03/20/the-african-billionaires-2017/#7a6799e22334>; Brookings Institution (2014): Calculations by L. Chandy and H. Kharas, <http://brookings.edu/blogs/up-front/post-s/2014/05/05-data-extreme-poverty-chandy-kharas>.
- 3 World Economic Forum (2014): Global Risks 2013, http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalRisks_Report_2014.pdf, S. 9.
- 4 Berechnungen auf Basis von Milanovic, B. (2013): All the Ginis Dataset (Updated June 2013), <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTRESEARCH/0,,contentMDK:22301380-pagePK:64214825-piPK:64214943-theSitePK:469382,00.html>.
- 5 Oxfam 2017: Reward Work, Not Wealth, <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>, S. 19–20.
- 6 Oxfam (2017): An Economy for the 99%. It's time to build a human economy that benefits everyone, not just the privileged few, https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp-economy-for-99-percent-160117-en.pdf.
- 7 Oxfam (2017): Reward Work, Not Wealth, <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>, S. 24.
- 8 Ebd.
- 9 Lagarde, C. (2014): Frontiers in Development Message, <https://www.youtube.com/watch?v=qoE0wuUx7YU>.
- 10 Spiegel online (2014): OECD-Bericht: Kluft zwischen Arm und Reich lähmt deutsches Wachstum, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-moniert-wachsende-ungleichheit-zwischen-arm-und-reich-a-1007329.html>.
- 11 Buffett, W. (2011): Interview mit CNN, September 2011.
- 12 Wolf, M./Haar, K./Hoedeman, O. (2014): The Fire Power of the Financial Lobby: A Survey of the Size of the Financial Lobby at the EU level, http://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/financial_lobby_report.pdf, S. 11.
- 13 Phillips, R./Wamhoff, S./Smith, D. (2014): Offshore Shell Games 2014: The Use of Offshore Tax Havens by Fortune 500 Companies, <http://ctj.org/pdf/offshoreshell2014.pdf>.
- 14 Oxfam (2017): Reward Work, Not Wealth, <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>, S. 11; Alstadsaeter, A./Niels, J./Zucman, G.: Tax Evasion and Inequality, <http://gabriel-zucman.eu/files/AJZ2017.pdf>.
- 15 Engel, P./Sterbenz, C./Lubin, G. (2013): The 50 Most Violent Cities in the World, <http://www.businessinsider.com/the-most-violent-cities-in-the-world-2013-11?op=1>; UNDP (2013): Human Development Report for Latin America 2013–2014, <http://www.latinamerica.undp.org/content/rblac/en/home/idh-regional>.
- 16 UN Office on Drugs and Crime (UNODC) (2011): Global Study on Homicide, http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/Homicide/Globa_study_on_homicide_2011_web.pdf.
- 17 Dodge, T. (2012): After the Arab Spring: Power shift in the Middle East?, <http://lse.ac.uk/IDEAS/publications/reports/SR011.aspx>.
- 18 Africa Progress Panel (2013): Africa Progress Report 2013: Equity in Extractives – Stewarding Africa's natural resources for all, http://africaprogresspanel.org/wp-content/uploads/2013/08/2013_APR_Equity_in_Extractives_25062013_ENG_HR.pdf.
- 19 Annan, K. (2014): Anmerkung anlässlich der Veröffentlichung des Oxfam-Kampagnenreports „Even It Up – Time to end extreme inequality“, <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20141029-even-it-up-extreme-inequality.pdf>, S. ii.
- 20 Zur Berechnung siehe Ebd., S. 9.
- 21 Brookings Institution (2014): unveröffentlichte Berechnungen von L. Chandy.
- 22 Curtis, M. (2014): Losing Out: Sierra Leone's massive revenue loses from tax incentives, <http://www.christianaid.org.uk/images/Sierra-Leone-Report-tax-incentives-080414.pdf>.
- 23 Piketty, T. (2014): Capital in the Twenty First Century, Cambridge.
- 24 Ostry, J./Berg, A./Tsangardies, C. (2014): Redistribution, Inequality and Growth, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf>; Asian Development Bank (ADB) (2014): ADB's Support for Inclusive Growth, <http://adb.org/documents/adbs-support-inclusive-growth>.
- 25 Siehe zum Beispiel Berg, A./Ostry, D. (2011): Warning! Inequality May Be Hazardous to Your Growth, <http://blog-imfdirect.imf.org/2011/04/08/inequality-and-growth>.
- 26 Spiegel online (2014): OECD-Bericht: Kluft zwischen Arm und Reich lähmt deutsches Wachstum, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-moniert-wachsende-ungleichheit-zwischen-arm-und-reich-a-1007329.html>.
- 27 Weltbank (2014): World Development Indicators, <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-Indicators>.
- 28 UNCTAD (2012): Trade and Development Report 2012, <http://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=210>, S. V.
- 29 Watkins, K. (1998): Economic Growth with Equity: Lessons from East Asia, <http://oxf.am/RHx>, S. 75.
- 30 Ukhova, D. (2014): After Equality: Inequality trends and policy responses in contemporary Russia, <http://oxf.am/gML>.
- 31 Stiglitz, J. (2008): Rede zur Eröffnung des 27. Internationalen CIRIEC-Kongresses, Sevilla 22.–24. September 2008, https://sipa.columbia.edu/sites/default/files/j_1467-8292.2009.00389.x.pdf.

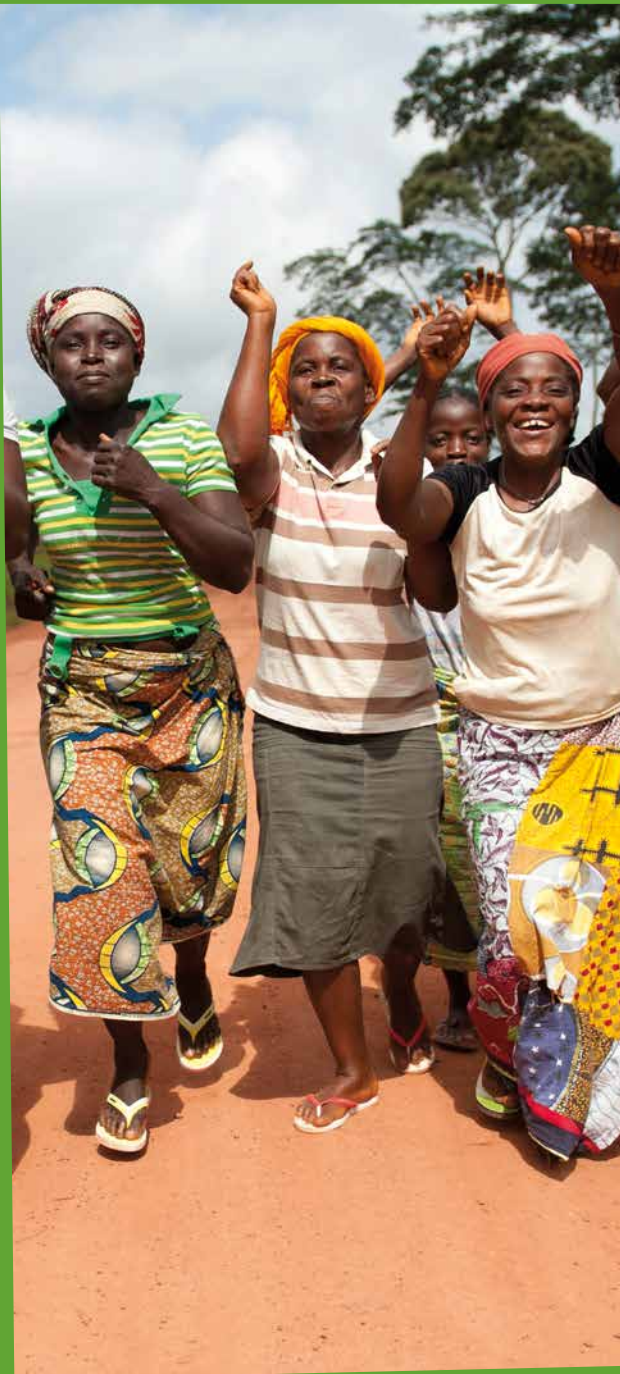
- 32 Kumhof, M./Rancière, R. (2010): Inequality, Leverage and Crises, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10268.pdf>.
- 33 Siehe Fußnote 13.
- 34 Rivlin, G. (2013): How Wall Street defanged Dodd-Frank, <http://www.thenation.com/article/174113/how-wall-street-defanged-dodd-frank>.
- 35 Tavernise, S. (2010): Pakistan's Elite Pay Few Taxes, Widening Gap, <http://www.nytimes.com/2010/07/19/world/asia/19taxes.html?pagewanted=all&r=0>.
- 36 OECD (2012): OECD Review of Telecommunication Policy and Regulation in Mexico, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264060111-en>.
- 37 OECD (2014): Society at a Glance: OECD Social Indicators, <http://www.oecd.org/berlin/47570121.pdf>.
- 38 CIVICUS (2014): Civil Society Profile: Chile, <http://socs.civicus.org/CountryCivilSocietyProfiles/Chile.pdf>.
- 39 Long, G. (2014): Chile's student leaders come of age, <http://bbc.co.uk/news/world-latin-america-26525140>.
- 40 Oxfam (2017): Reward Work, Not Wealth, <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>.
- 41 Zeit online (2016): Mehrheit findet Deutschland ungerecht, http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-05/umfrage-deutschland-friedrich-ebert-stiftung-soziale-ungleichheit?google_editors_picks=true.
- 42 AWO (2014): AWO-Sozialbarometer: Soziale Ungleichheit in Deutschland, http://www.awo-informationservice.org/uploads/media/2014-08-01_AWO-Umfrage_zeigt_Unbehagen_der_Buerger_angesichts_wachsender_sozialer_Ungleichheit.pdf.
- 43 CIVICUS (2014): Citizens in Action 2011: Protest as Process in The Year of Dissent, <http://civicus.org/cdn/2011SOCsReport/Participation.pdf>, S. 53.
- 44 ILO (2016a): Global Wage Report 2016/17: Wage inequality in the workplace, <http://www.ilo.org/global/research/global-reports/global-wage-report/2016/lang--en/index.htm>; DGB (2017): Verteilungsbericht 2017. Jetzt handeln – Ungleichheit belämpfen, <http://www.dgb.de/themen/++co++4b20d566-6091-11e7-9d1d-525400e5a74a>.
- 45 McKinsey Global Institute (2015): How Advancing Women's Equality Can Add \$12 Trillion To Global Growth, <http://www.mckinsey.com/global-themes/employment-and-growth/how-advancing-womens-equality-can-add-12-trillion-to-global-growth>.
- 46 Oxfam (2017): Reward Work, Not Wealth, <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>, S. 11.
- 47 Wilkinson, R./Pickett, K. (2010): The Spirit Level: Why equality is better for everyone, S. 59.
- 48 Godoy, E. (2010): Millennium Goals Far Off for Mexico's Indigenous Population, <http://www.ipsnews.net/2010/10/millennium-goals-far-off-for-mexicos-indigenous-population>.
- 49 World Economic Forum (2017): The Global Gender Gap Report 2017, http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2017.pdf.
- 50 Oxfam/Böll Foundation (2014): The G20 and Gender Equality, http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/the_g20_and_gender_equality_en.pdf, S. 2.
- 51 Corak, M. (2012): Inequality from Generation to Generation: The United States in comparison, <http://mileskorak.files.wordpress.com/2012/01/inequality-from-generation-to-generation-the-united-states-in-comparison-v3.pdf>.
- 52 Ghosh, J. (2013): A Brief Empirical Note on the Recent Behaviour of Factor Shares in National Income, http://gler.it/archivio/ISSUE/gler_17_1.pdf, S. 143.
- 53 Javed, S. A./Irfan, M. (2012): Intergenerational Mobility: Evidence from Pakistan Panel Household Survey, <http://pide.org.pk/pdf/PSDPS/PSDPS%20Paper-5.pdf>, S. 13–14.
- 54 Stiglitz, J. (2012): The Price of Inequality: How today's divided society endangers our future, S. 23.
- 55 World Economic Forum (2017): The Global Gender Gap Report 2017, http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2017.pdf.
- 56 Ghosh, J. (2013): A Brief Empirical Note on the Recent Behaviour of Factor Shares in National Income, http://gler.it/archivio/ISSUE/gler_17_1.pdf, S. 143.
- 57 Mishel, L./Walters, M. (2003): How Unions Help all Workers, http://epi.org/publication/briefingpapers_bp143.
- 58 Alvaredo, F./Chancel, L./Piketty, T./Saez, E./Zucman, G. (2017): The World Inequality Report 2018, <http://wir2018.wid.world>.
- 59 De Wet, P. (2014): Mining strike: The bosses eat, but we are starving, <http://mg.co.za/article/2014-05-15-mining-strike-the-bosses-eat-but-we-are-starving>.
- 60 International Trade Union Congress (ITUC) (2014): Frontlines Report, <http://ituc-csi.org/frontlines-report-february-2014-14549?lang=en>.
- 61 Wagemark (2014): A Brief History of Wage Ratios, <https://wagemark.org/about/history>.
- 62 ECLAC (2014): Compacts for Equality: Towards a sustainable future, Thirty-fifth Session of ECLAC, <http://periododese-siones.cepal.org/sites/default/files/presentation/files/ppt-pactos-para-la-igualdad-ingles.pdf>.
- 63 Analyse des Forum Civil, eines Oxfam-Partners in Senegal, der zu Steuergerechtigkeit arbeitet, <http://forumcivil.net/programme-craft>.
- 64 DIW (2015): Fiskalische und ökonomische Auswirkungen einer eingeschränkten Finanztransaktionssteuer, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.499641.de/diwkompakt_2015-095.pdf.
- 65 Jacobs, D. (2017): The Case For A Billionaire Tax, https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/dp-case-for-billionaire-tax-100117-en.pdf.
- 66 Oxfam (2017): Reward Work, Not Wealth, <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>.
- 67 UNCTAD (2015): World Investment Report 2015, Genf, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2015_en.pdf; und IWF (2015): Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries, IMF Working Paper, Washington, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15118.pdf>.
- 68 Oxfam hat hierfür öffentlich zugängliche Informationen der 110 Unternehmen auf der Forbes-2000-Liste und der Unternehmen auf der Liste der strategischen Partner des Weltwirtschaftsforums (WEF strategic partners) analysiert. Es wurde untersucht, ob diese Unternehmen Tochterfirmen in Steuer-oasen haben, insbesondere in Ländern und Jurisdiktionen,

die bekanntermaßen häufig für Steuervermeidung genutzt werden (Bermudas, Britische Jungferninseln, Irland, Jersey, Kaimaninseln, Luxemburg, Niederlande, Panama, Schweiz, Singapur).

- 69** Oxfam-Schätzung auf Basis von Berechnungen des IWF.
- 70** G. Zucman (2014): Taxing Across Borders: Tracking Personal Wealth and Corporate Profits, *Journal of Economic Perspectives*, <http://gabriel-zucman.eu/files/Zucman2014JEP.pdf>.
- 71** Equity BD (2014): Who Will Bell the Cat? Revenue mobilization, capital flight and MNC's tax evasion in Bangladesh, <http://www.equitybd.net/wp-content/uploads/2015/10/MNC-Tax-Evasion-in-Bangladesh.pdf>; Oxfam (2014): Business among friends: Why corporate tax dodgers are not yet losing sleep over global tax reform, <http://oxf.am/chP>.
- 72** Sachs, J. (2014): Anmerkung anlässlich der Veröffentlichung des Oxfam-Kampagnenreports „Even It Up – Time to end extreme inequality“, <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20141029-even-it-up-extreme-inequality.pdf>, S. ii.
- 73** Zur Steuerumgehung durch Apple siehe US Senate Committee, Homeland Security & Governmental Affairs (2013): Permanent Sub-Committee on Investigations, <http://hsgac.senate.gov/subcommittees/investigations/media/levin-mccain-statement-on-irelands-decision-to-reform-its-tax-rules>; zur Steuerumgehung durch Starbucks siehe UK Parliament (2012): Public Accounts Committee inquiry, HM Revenue and Customs Annual Report and Accounts, Inquiry Tax Avoidance by Multi-national Companies, <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm201213/cmselect/cmpublic/716/71605.htm>.
- 74** Obama, B. (2009): Remarks by the President on International Tax Policy Reform, http://whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-By-The-President-On-International-Tax-Policy-Reform.
- 75** Machel, G. (2014): Vorwort zum Oxfam-Kampagnenreport „Even It Up – Time to end extreme inequality“, <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20141029-even-it-up-extreme-inequality.pdf>, S. 3.
- 76** Oxfam (2014): Business among friends: Why corporate tax dodgers are not yet losing sleep over global tax reform, <http://oxf.am/chP>.
- 77** IMF (2014): Spillovers in International Corporate Taxation, <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/050914.pdf>.
- 78** Picciotto, S. (2012): Towards Unitary Taxation of Transnational Corporations, http://taxjustice.net/cms/upload/pdf/Towards_Unitary_Taxation_1-1.pdf.
- 79** Verbist, G./Förster M. F./Vaalavuo, M. (2012): The Impact of Publicly Provided Services on the Distribution of Resources: Review of new results and methods, http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-impact-of-publicly-provided-services-on-the-distribution-of-resources_5k9h363c5szq-en; S. 60.
- 80** Ebd.
- 81** Lustig, N. (2012): Taxes, Transfers, and Income Redistribution in Latin America, *Inequality in Focus*, <http://siteresources.worldbank.org/EXTPOVERTY/Resources/InequalityInFocus-July2012FINAL.pdf>.
- 82** Jamil, B. R./Javaid, K./Rangaraju B. (2012): Investigating Dimensions of the Privatisation of Public Education in South Asia, http://www.periglobal.org/sites/periglobal.org/files/WP43_Jamil_Javaid&Rangaraju.pdf.
- 83** UNESCO (2009): EFA Global Monitoring Report 2009, *Overcoming Inequality: Why governance matters*, <http://unesdoc.unesco.org/images/0017/001776/177683e.pdf>, S. 166.
- 84** Bategeka, L./Okurut, N. (2005): Universal Primary Education: Uganda, <http://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-asets/publications-opinion-files/4072.pdf>.
- 85** UNESCO (2017): Global Education Monitoring Report 2017/8. *Accountability In Education: Meeting our commitments*, <http://unesdoc.unesco.org/images/0025/002593/259338e.pdf>.
- 86** Riep, C. (2014): Omega Schools Franchise in Ghana: “Affordable” private education for the poor or for profiteering?, in: Macpherson, I./Robertson, S./Walford, G. (Eds.) (2014): *Education, Privatisation and Social Justice: Case studies from Africa, South Asia and South East Asia*, Oxford.
- 87** Martin, M./Watts, R. (2013): Putting Progress at Risk? MDG spending in developing countries, <http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/putting-progress-at-risk-mdg-spending-in-developing-countries-290828>, S. 28.
- 88** Qureshi, A. S. (2001): High Level Committee for Hospitals in Delhi, unpublished report of the Government of Delhi.
- 89** Oxfam (2014): A Dangerous Diversion: Will the IFC's flagship health PPP bankrupt Lesotho's Ministry of Health?, <http://oxf.am/5QA>.
- 90** Xu, K. et al. (2007): Protecting households from catastrophic health expenditures, in: *Health Affairs* 26(4), <http://content.healthaffairs.org/content/26/4/972.full>, S. 972–983.
- 91** WHO/UNICEF/UNFPA/World Bank/UN Population Division (2015): Trends in Maternal Mortality: 1990–2015, <http://www.who.int/reproductivehealth/publications/monitoring/maternal-mortality-2015/en>; WHO (2015): Maternal Mortality. Factsheet 348. Updated November 2015, <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs348/en>.
- 92** WHO (2016): Children: reducing mortality. Factsheet. Updated January 2016, <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs178/en>.
- 93** Erklärung des UHC-Konzeptes unter http://www.who.int/universal_health_coverage/en.
- 94** Kim, J. Y. (2013): Rede anlässlich der von der japanischen Regierung ausgerichteten Weltbank-Konferenz zu Universal Health Coverage in Tokio, 6. Dezember 2013, <http://www.worldbank.org/en/news/speech/2013/12/06/speech-world-bank-group-president-jim-yong-kim-government-japan-conference-universal-health-coverage>.
- 95** Limwattananon, S. et al (2011): The Equity Impact of Universal Coverage: health care finance, catastrophic health expenditure, utilization and government subsidies in Thailand, Consortium for Research on Equitable Health Systems, Ministry of Public Health, <http://r4d.dfid.gov.uk/Output/188980>.
- 96** Lu, Y. et al. (2011): World Medicines Situation 2011: Medicines Expenditures, http://who.int/health-accounts/documentation/world_medicine_situation.pdf, S. 6; Van Doorslaer, E./O'Donnell, O./Rannan-Eliya, R. (2005): Paying Out-of-Pocket for Health Care in Asia: Catastrophic and poverty impact, <http://equitap.org/publications/publication.html?id=502>.
- 97** Vogler, S. et al. (2011): Pharmaceutical Policies in European Countries in Response to the Global Financial Crisis, in: *Southern Med Review* 4(2), S. 69–79.

- 98** Health Action International Europe/Corporate Europe Observatory (2012): Divide and Conquer: A look behind the scenes of the EU pharmaceutical industry lobby, http://corporateeurope.org/sites/default/files/28_march_2012_divideconquer.pdf.
- 99** UNDP (2015): Breakthrough brings cost of HIV treatment to under \$100 per patient per year, <http://www.undp.org/content/undp/en/home/presscenter/pressreleases/2015/11/27/breakthrough-brings-cost-of-hiv-treatment-to-under-100-per-patient-per-year.html>.
- 100** BBC News, Business (2013): Novartis: India rejects patent plea for cancer drug Glivec, 1. April, <http://bbc.co.uk/news/business-21991179>.
- 101** ILO (2014): World Social Protection Report 2014/15: Building economic recovery, inclusive development and social justice, http://ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_245201.pdf.
- 102** ILO (2008): Can Low-Income Countries Afford Basic Social Security?, http://ilo.org/public/libdoc/ilo/2008/108B09_73_engl.pdf.
- 103** Oxfam/Böll Foundation (2014): The G20 and Gender Equality: How the G20 can advance women's rights in employment, social protection and fiscal policies, <http://oxf.am/m69>, S. 7.
- 104** Elomäki, A. (2012): The Price of Austerity: The impact on women's rights and gender equality in Europe, http://womenlobby.org/spip.php?action=acceder_document&arg=2053&cle=71883f01c9eac4e73e839bb512c87e564b5dc735&file=pdf%2Fthe_price_of_austerity_-_web_edition.pdf.
- 105** ILO (2014): World Social Protection Report 2014/15: Building economic recovery, inclusive development and social justice, http://ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_245201.pdf.
- 106** ILO (2014): Facts on Social Security, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_067588.pdf.
- 107** Ebd.
- 108** Ebd.
- 109** Fortin, P./Godbout, L./St-Cerny, S. (2012): Impact of Quebec's Universal Low Fee Childcare Program on Female Labour Force Participation, Domestic Income and Government Budgets, http://www.usherbrooke.ca/chaire-fiscalite/fileadmin/sites/chaire-fiscalite/documents/Cahiers-de-recherche/Etude_femmes_ANGLAIS.pdf.
- 110** Elson, D./Sharp, R. (2010): Gender-Responsive Budgeting And Women's Poverty, in: Chant, S. (Ed.) (2010): International Handbook of Gender and Poverty: Concepts, Research, Policy, S. 524-525.
- 111** Erklärung des Konzepts des Social Protection Floor unter <http://www.ilo.org/secsoc/areas-of-work/policy-development-and-applied-research/social-protection-floor/lang-en/index.htm>.
- 112** Action for Global Health (2013): Who Pays For Health?, http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/afgh-oda-report-december-2013_oxfam.pdf, S. 14.
- 113** OECD (2017): Statistics on resource flows to developing countries. Table 1: DAC Members' Net Official Development Assistance in 2016, <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/statisticsonresourceflowstodevelopingcountries.htm>.
- 114** Ebd.
- 115** OECD (2017): Development aid rises again in 2016 but flows to poorest countries dip, <http://www.oecd.org/dac/development-aid-rises-again-in-2016-but-flows-to-poorest-countries-dip.htm>.
- 116** OECD (2017): Statistics on resource flows to developing countries. Table 1: DAC Members' Net Official Development Assistance in 2016, <http://www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/statisticsonresourceflowstodevelopingcountries.htm>.
- 117** Lanzet, P. (2013): Schadensmeldungen. Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer, http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Wer_wir_sind/Stellungnahmen/Gutachten_Entwicklung.pdf.
- 118** UNESCO Policy Paper 18 (2015): Pricing the right to education, <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002321/232197E.pdf>.
- 119** UNESCO (2017): Global Education Monitoring Report 2017/8. Accountability In Education: Meeting our commitments, <http://unesdoc.unesco.org/images/0025/002593/259338e.pdf>.
- 120** BMZ (2014): Sachstand Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, nicht veröffentlicht.
- 121** Sonja Steffen (2016): Mehr Geld für die Globale Bildungspartnerschaft (GPE), <http://www.sonja-steffen.de/index.php/79-aktuelles-wahlkreis/649-mehr-geld-fuer-die-globale-bildungspartnerschaft-gpe.html>.
- 122** WHO (2014): Global Health Observatory, www.who.int/gho.
- 123** Aktionsbündnis gegen Aids (2016): Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort, http://www.aids-kampagne.de/sites/default/files/zivilgesellschaftlicher_bericht_-_deutsch_-_final_0.pdf.
- 124** Ahoamuteze, G./Dom, C./Purcell, R. (2006): Rwanda Country Report: A Joint Evaluation of General Budget Support 1994-2004, https://gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/67830/gbs-rwanda.pdf.
- 125** UNESCO (2014): Increasing Tax Revenues to Bridge the Education Financing Gap, <http://unesdoc.unesco.org/images/0022/002270/227092E.pdf>, S. 6.
- 126** Ebd.

IHRE SPENDE FÜR UNSERE KAMPAGNENARBEIT



© Kieran Doherty/Oxfam

Weltweit wächst die soziale Ungleichheit. Das schadet uns allen, die Ärmsten sind jedoch am stärksten davon betroffen. Gemeinsam müssen wir es schaffen, den Trend der sich verstärkenden sozialen Ungleichheit umzukehren! Nur so kann Armut bekämpft werden.

BESSER GLEICH!

**SCHLIESST DIE LÜCKE
ZWISCHEN ARM UND REICH!**

**Unterstützen Sie diese und andere
wichtige Kampagnen mit Ihrer Spende!**

Mit unserer politischen Arbeit, Publikationen wie dieser sowie Protest- und Unterschriftenaktionen wollen wir die Bundesregierung und andere europäische Regierungen dazu bewegen, einen Kurswechsel herbeizuführen und die Interessen der Bevölkerung anstatt Partikularinteressen der Wirtschaft und einiger Superreicher in den Vordergrund ihrer Politik zu stellen.

Für diese unabhängige, fundierte und kritische Kampagnenarbeit sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Jeder Beitrag hilft.

Bitte spenden Sie an:

Oxfam Deutschland e. V.

IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00

Bank für Sozialwirtschaft

Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00

Stichwort: KAMPAGNEN

www.oxfam.de/spenden

VIELEN DANK!

SIE WOLLEN SELBST AKTIV WERDEN?

BESSER



GLEICH!

**SCHLIESST DIE LÜCKE
ZWISCHEN ARM UND REICH!**

Mehr Informationen zu Oxfams
Arbeit zu sozialer Ungleichheit und
Mitmachmöglichkeiten unter:

www.oxfam.de/soziale-ungleichheit



OXFAM
Deutschland